Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Münzstr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Münzstr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf — Insertionsgebühr: die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 406

Nr. 146. **Magdeburg, Donnerstag den 25. Juni 1908.** **19. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Gegen die Selbstverwaltung.

II (Schluß).

Man fühlte allmählich selbst, daß man nicht mehr weiter könne, daß, um mit Herrn v. Zedlitz zu sprechen, „die Mühle der innern Verwaltung zwar noch klappere, auch noch Mehl liefere, aber viel zuwenig im Verhältnis zu dem Umfange und der Kompliziertheit der Maschinerie".

So macht sich denn jetzt an allen Ecken ein lebhaftes Bedürfnis nach Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, nach Beseitigung überflüssiger Behörden im Instanzenzuge, nach Verminderung des Schreibwerks geltend. In erster Linie hat man die Aufhebung einer der beiden Mittelinstanzen ins Auge gefaßt, der Regierungspräsidien oder der Oberpräsidien. In der Tat, es ist vollkommen unerfindlich, wie zwei völlig gleichgestaltete Behörden nebeneinander notwendig sein sollen, die sich durch nichts unterscheiden, als durch die verschiedene Größe des ihnen unterstellten Verwaltungsbezirks. Dieselben Aufgaben, die heute das Oberpräsidium erledigt (Ueberwachung der öffentlichen Anstalten, Strom- und Straßenbau, Leitung der Provinzial-Schul- und -Medizinalkollegien usw.), könnten bei größerer Dezentralisation dieser Tätigkeit ebensogut von den Bezirkspräsidien gelöst werden. Das Oberpräsidium ist heute eine rein dekorative Behörde, der man Verwaltungsaufgaben eigentlich nur deshalb übertragen hat, um sie zu beschäftigen.

Herr v. Zedlitz befürwortet nun allerdings nicht die Aufhebung der Oberpräsidien, wie dies Graf Hue de Grais, der Potsdamer Regierungspräsident, tut. Er will vielmehr die Regierungspräsidenten beseitigt haben und deren Tätigkeitsgebiet unter Oberpräsidenten und Landräte verteilen. Für diese Reglung spricht der Umstand, daß statt einer einzigen Behörde in jeder Provinz zwei, drei und noch mehr gespart werden können; aber der Weg vom Landrat bis zum Oberpräsidenten scheint doch zu weit, als daß für die Beschleunigung der Verwaltungsgeschäfte hieraus etwas gewonnen werden könnte. Je näher der Beamte dem Volksleben steht, je genauer er die Verhältnisse seines Verwaltungsbezirks kennt, desto eher wird er in der Lage sein, nach eigner Anschauung statt auf Grund des Aktenstudiums — vom grünen Tisch aus — seine Entscheidung zu treffen. Nun will Herr v. Zedlitz freilich dasselbe erreichen, indem er die Hauptverwaltungstätigkeit dem Landrat zuwälzt, dem einige Sekretäre noch zur Seite gestellt werden. Aber gerade das muß unter allen Umständen abgewehrt werden, daß dem Sachwalter der preußischen Reaktion, dem größten Feinde des demokratischen Staatsgedankens, noch größere Kompetenzen übertragen, erweiterte Machtbefugnisse zugesprochen werden.

Welche Gefahr in dieser Hinsicht die bevorstehende Reform in sich birgt, geht aus den dürren Worten des Herrn v. Zedlitz hervor, daß die Landespolizei die Aufsicht über die Kommunalverwaltung der kreiseingesessenen Städte und die Schulverwaltung auf den Landrat übergehen soll. Man denke sich das Wirken des Landrats unter dem Einfluß seiner agrarisch-feudal-bureaukratischen Geistesverfassung bei der Aufsicht über die städtische Wirtschafts- und Steuerpolitik, die Arbeiterpolitik, das Armenwesen, die Wohlfahrtseinrichtungen, Volksbildungsbestrebungen usw. Er erhält außerdem die obere Leitung der äußeren Schulverwaltung. Ihm, der von Amts wegen eine „gute" Gesinnung bei seinen Kreiseinwohnern hervorrufen muß, ihm soll nicht allein das öffentliche Leben der Gegenwart zur rücksichtslosesten Beseitigung aller freiheitlichen Triebe unterstellt werden, auch die Volksschule wird ihm ausgeliefert. Nehmen wir dazu noch die polizeilichen Befugnisse, die er erhalten soll, die Ausübung der Landespolizei, die Ernennung der Amtsvorsteher, so sehen wir die völlige Beseitigung der kommunalen Selbstverwaltung in den nicht kreisfreien Stadtgemeinden und den Landgemeinden vollendet.

Die Gemeinde- und Amtsvorsteher waren ja bisher schon völlig vom Landrat abhängig und der Kreisausschuß als Selbstverwaltungskörper des Kreises ein von ihm ausgefüllter Begriff. Daran hatte man sich gewöhnt und hoffte auch bei der künftigen Reform nicht auf Besserung. Bei allem Optimismus war nicht zu erwarten, daß den zwei Millionen kommunalpolitisch rechtlosen Preußen in den ostelbischen Gutsbezirken nun endlich ein Schimmer von bürgerlicher Freiheit zugestanden werden würde. Auch damit rechnete wohl niemand, daß den Landgemeinden das landrätliche Joch etwas erleichtert werden würde; aber daß nun auch die Landstädte in dieses Joch hineingepreßt werden sollen, daß wieder Millionen von Menschen dem junkerlich-bureaukratischen Regime ausgeliefert werden sollen, dem sie innerhalb der Mauern unsrer Städte entronnen zu sein glaubten, dieser Gedanke läßt alle andern Versuche zur Beschneidung der gesetzlich festgelegten städtischen Rechte weit hinter sich.

Es gehört ein großes Maß von Verachtung des Willens der Staatsbürger dazu, daß innerhalb der Regierung dieser Gedanke auch nur auftauchen konnte. Das sind aber die Früchte jener freisinnigen Kommunalpolitik, die jahrzehntelang alle staatlichen Schikanen stillschweigend über sich ergehen ließ! Für jetzt bleiben zwar den Städten, die selbst Kreisrechte haben, die Rechte der Verwaltung im bisherigen Umfang wenigstens belassen, aber wenn das neue Verwaltungsgesetz durchgegangen ist, wer garantiert denn dafür, daß nicht auch für die Stadtkreise eine staatliche Leitung geschaffen wird, daß an Stelle des von der Stadt gewählten Bürgermeisters nicht ein staatlicher Kommissar tritt?

Wir haben allgemach eingesehen, daß das freie Wahlrecht im Reiche die Reaktion nicht niederhält, wenn das Volk nicht auch die Politik der Einzelstaaten beeinflussen kann. Mag endlich auch die Erkenntnis folgen, daß auch mit der Erringung eines freiheitlichen Wahlrechts für Preußen das Ende des Kampfes zwischen den absolutistischen Tendenzen in der Regierung und dem Volkswillen noch nicht herbeigeführt ist, daß wir die Reaktion nur dann töten, wenn wir sie aus ihren letzten Schlupfwinkeln aufjagen können, aus den Verwaltungen der größeren Verwaltungsstellen des Kreises und der Provinz. Freies Wahlrecht zum Kreisausschuß und Bezirksausschuß — Schaffung größerer leistungsfähiger Selbstverwaltungskörper, als es die Dorfgemeinden sind, Auflösung der Gutsbezirke und Amtsbezirke. Und schließlich: Entkleidung des Landrats von seiner Eigenschaft als Vertreter der Selbstverwaltung im Kreise, das sind die Forderungen, die die Arbeiterschaft zunächst wird aufstellen müssen.

Vorderhand gilt es, den neuen Anschlag auf die kommunale Selbstverwaltung abzuwehren. Auf den Freisinn ist ja bei der Kommunalpolitik noch weniger zu hoffen, als bei der Reichs- und Landespolitik. Desto mehr Veranlassung hat die Sozialdemokratie, den Gedanken der demokratischen Selbstverwaltung festzuhalten. Das Volk in seiner Mehrheit ist reif genug, um durch Männer seines Vertrauens auch seine öffentlichen Angelegenheiten selbst gestalten und selbst entscheiden zu lassen. —

Der Siebente!

Die erste sozialdemokratische Fraktion des preußischen Dreiklassenhauses wird doch aus sieben und nicht bloß aus sechs Abgeordneten bestehen. Es ist am Dienstag gelungen, in der Stichwahl mit zwei Stimmen über die erforderliche Majorität den zwölften Berliner Landtagswahlkreis für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Für den Genossen Adolf Hoffmann erklärten sich 313 und für den freisinnigen Prediger Runze 307 Wahlmänner. Der sozialdemokratische Kandidat mußte als gewählt proklamiert werden.

Jedermann wußte vorher, daß die Entscheidung über das Mandat auf der Stimmen Schneide stehen würde. Jedermann wußte, daß die Wahlmänner der Sozialdemokratie fest bleiben würden, fest wie die Sache, die sie vertreten. Die Frage war allein die, ob es gelingen würde, sämtliche bürgerliche Wahlmänner für den blockfreisinnigen Kandidaten an den Wahltisch zu zerren. Das ist nicht gelungen. Folglich glitt das Mandat in die Hände der Sozialdemokratie, der es von Rechts wegen nach der Abstimmung der Urwähler mit einer erdrückenden Mehrheit gehört.

Aber die Zahl der Urwähler gibt bei dem niederträchtigen Dreiklassensystem ja nicht den Ausschlag. Die Wähler werden nicht gezählt, sondern gewogen, und das auch nicht nach ihrer politischen Intelligenz und Kenntnis, sondern nach der Höhe ihrer Steuerbeträge. Infolgedessen gewann die Sozialdemokratie im zwölften Berliner Kreise nicht die Mehrheit der Wahlmänner. Sie musterte am 16. Juni 312 Wahlmänner, während die Freisinnigen 165, die Konservativen, Antisemiten und Nationalliberalen 164 und versprengte Nationalliberale 2 Vertrauensmänner aufbrachten. Das waren alles in allem 643 Wahlmänner. Die Mehrheit betrug 322; es fehlten der Sozialdemokratie sonach 10 Männer an dieser Majorität.

Es bestand für den 23. Juni keine Aussicht, diese zehn Mann herbeizuschaffen. Nur ein einziger hatte am 16. Juni gefehlt, und zwar weil er erkrankt war. Diesen einen konnte man schleppen — er ist tatsächlich an den Wahltisch gebracht worden —; mehr war nicht möglich. Die Entscheidung hing also von der Beantwortung der Frage ab, ob es gelingen würde, nicht bloß alle freisinnigen, sondern auch alle konservativen, nationalliberalen und antisemitischen Wahlmänner für den Blockfreisinn heranzuantern.

Die Erwartung, daß dies nicht gelingen würde, war nicht auszuschließen. Am 16. Juni hatten 665 Wahlmänner am Wahlort zu erscheinen, es waren aber nur 643 angekommen. Da die Sozialdemokraten, mit einer Ausnahme, sämtlich angetreten waren, hatten es folglich 21 bürgerliche Wahlmänner für politisch reifer erachtet, an solch einer Zerrwahl überhaupt nicht teilzunehmen. Wenn diese Einundzwanzig am Dienstag nur einige Gefolgschaft finden würden, mußte das Recht auch im Dreiklassenunrecht siegen.

Sie haben Gefolge erhalten. Zu den 21 Fehlenden vom 16. Juni sind am Dienstag noch 23 Kameraden der Abstinenz getreten. Anstatt der 643 erschienen nur 620 Wahlmänner. Die Mehrheit betrug 311; der Sozialdemokrat erhielt 313 Stimmen; er wurde gewählt, und die Blockfreisinnigen, die verschämten und unverschämten Hüter der Dreiklassenschmach, konnten betrübt und begossen mit ihrem Pastor zu den konservativen, nationalliberalen und antisemitischen Verbündeten trotten, von denen es 23 Mann nicht für nötig befunden hatten, zur Rettung des heiligen Blocks einen Schritt auf die Straße zu tun, oder eine bequeme Reise aus der Sommerfrische nach Berlin zu unternehmen.

So schließen die preußischen Landtagswahlen mit einer blamierenden Niederlage des Blockfreisinns, wie sie mit seiner Diskreditierung begonnen haben. Die Blätter begrüßen daher die Niederlage ihrer Partei gleichsam als einen Erfolg. In der Berliner Volkszeitung ist z. B. zu lesen:

> In dem Moabiter Wahlkampfe spiegelt sich, wie in den fünf andern für den Freisinn verloren gegangenen Berliner Wahlkreisen, der deutliche Widerwille der entschieden freisinnigen und der demokratischen Bevölkerung gegen die Blockpolitik ab. . . . So ist es nunmehr dahin gekommen, daß die ehemalige unbestrittene Domäne der alten Fortschrittspartei, Berlin, zur Hälfte an die Sozialdemokratie verloren gegangen ist! So rasch und so kräftig ist selten eine Partei heruntergewirtschaftet worden wie die Freisinnige Volkspartei durch ihre gegenwärtigen „Führer" und ihre „liberale" Politik. . . . . Daß die „führenden" Freisinnsleuchten aus dem Verlust von halb Berlin an die Sozialdemokratie die richtigen Lehren ziehen werden, dafür fehlt leider jeder Anhalt. Es muß erst noch schlimmer kommen.

Und das „Berliner Tageblatt":

> Der sozialdemokratische Erfolg in Moabit ist bedauerlich; er besiegelt die Niederlage des Berliner Freisinns. Während die Freisinnige Volkspartei noch 1903 sämtliche neun Berliner Mandate behauptete, hat sie diesmal unter der neuen Wahlkreiseinteilung von zwölf Mandaten nur sechs behaupten können. . . Von den fünf neuen Mandaten hat die Freisinnige Volkspartei auch nicht ein einziges gewonnen. . . . Jetzt sind auch die Hoffnungen, die man in Moabit auf die Beihilfe der reaktionären Parteien setzte, zu Wasser geworden. Wer auch im Wahlkampf auf die politische Sauberkeit nicht gern verzichtet, der wird diesen Mandatsverlust nicht allzu tragisch nehmen. Ein Cato hätte sich ohnehin diese Wahlhilfe entschieden verbeten. Aber die „Führer" der Freisinnigen Volkspartei huldigen weniger rigorosen Grundsätzen, und deshalb dürfte ihnen der Verlust von Moabit sehr schmerzlich sein. In unabhängigen Kreisen des liberalen Bürgertums wird man um so bestimmter überzeugt sein, daß der Verlust von Moabit und andre Niederlagen in Berlin hätten vermieden werden können, wenn im Wahlkampf auf freisinniger Seite ein andrer Geist geherrscht hätte.

Es ist aber nicht daran zu denken, daß in den Blockfreisinn ein andrer Geist eintritt. Beweis: die „Vossische Zeitung", ein verblocktes Blockorgan, die im bekannten Schmerz der Niederlage, die Schuld nicht den eignen Leuten, sondern den Niederträchtigkeiten der siegreichen Gegner zuschiebt:

> Es wird lehrreich sein, zu erfahren, welche Wahlmänner durch ihre Stimmenthaltung dem Sozialdemokraten zum Mandat verholfen haben. Wie bei der Hauptwahl, so ist bei der gestrigen Stichwahl von der Sozialdemokratie gegen Wahlmänner, die dem Gewerbe- und Handwerkerstand angehören, ein solcher Terrorismus geübt worden, daß daraufhin ein Protest eingelegt werden wird und mit Sicherheit die Kassierung des Mandats zu erwarten ist

Na na, so sicher ist das nicht. Es gibt jetzt Sozialdemokraten im Dreiklassenhaus. Das Lügen ist dort nicht mehr so bequem und gefahrlos wie früher.

Was im übrigen von dem „Terrorismus" zu sagen ist, mag weiter unten nachgelesen werden. In das Horn dieses Terrorismus tutet wie selbstverständlich auch das offizielle Organ des Blockfreisinns, die „Freisinnige Zeitung":

> Mehrere Wahlmänner entzogen sich ihrer Verpflichtung, indem sie dicht vor der Wahl verreisten; bei andern übte der sozialdemokratische Terrorismus seinen Einfluß aus. Nament-

lich manche Gewerbetreibende ließen sich durch keine Bitten bewegen, zur Wahl zu kommen. Zwei konservative Wahlmänner aus dem Gewerbestande stimmten sogar aus Furcht vor dem Boykott sozialdemokratisch.

Wenn die letzte Behauptung wahr wäre, würden die Sozialdemokraten 315 und nicht 313 Wahlmänner haben zählen können.

Die sterbende nationalliberale „National-Zeitung" wird anständig, weil's jetzt gleich ist:

> Daß die Sozialdemokraten den Ausfall der gestrigen Stichwahl mit ungeheurem Jubel aufnahmen, läßt sich denken und ist ihnen auch wirklich nicht übelzunehmen; denn, was alles auch sonst über die Art zu sagen ist, wie sie den Wahlkampf führten, das eine muß man ihnen zugestehen, daß sie im Wahlkampf eine beispiellose Energie entfalteten, die es ihnen ermöglichte, ihre Stimmen von der Haupt- bis zur Stichwahl um 1 zu vermehren, während die Zahl der bürgerlichen Stimmen in der gleichen Zeit um 24 sank.

Die Knutenmeister in der agrarischen „Deutschen Tageszeitung" verabreichen dem verachteten Blockfreisinn einen sausenden Jagdhieb:

> Der Freisinn wird sich nach seiner überaus gehässigen Kampfesweise nicht über den Ausgang beklagen können; zumal noch festgestellt werden müßte, ob nicht auch von seinen Wahlmännern manche ihrer Pflicht vergaßen. Entschuldigt aber wird dadurch niemand; und es bleibt auf jeden Fall tief bedauerlich, daß infolge der Nachlässigkeit des Bürgertums über der vollen Hälfte der Wahlkreise von Groß-Berlin die rote Fahne hochgehen konnte!

Die übrigen Blockorgane Berlins verzeichnen wohl das Stimmenresultat, vermochten in ihrer Bestürzung aber kein Wort zu Papier zu bringen.

* * *

Die Minuten vor der Entscheidung.

Der „Vorwärts" gibt ein Stimmungsbild, aus dem folgende Sätze entnommen sind:

> „Wählt Runze!" so stand es mit meterhohen Buchstaben auf einem Riesenplakat, das vor dem Wahllokal, dem großen Saale der Patzenhofer-Brauerei in der Turmstraße die Wahlmänner grüßte, sobald sie den Garten betraten. „Wählt Runze!" so flehten die Schlepper des Freisinns vor den Türen der konservativen Wahlmänner, denen sie herdenweis ins Haus liefen, um sie zur Stimmabgabe für den Freisinn heranzuholen. Und lange schien es, wie wenn Runze gewählt werden sollte. Er gewann sehr bald vor Hoffmann einen Vorsprung, den er fast bis zuletzt behielt.
>
> Erst in der allerletzten Viertelstunde mußte es auch dem hoffnungsseligsten Freisinnigen klar werden, daß die Hilfe der Konservativen doch nicht ausreichte, den Freisinn zu retten. Auch das nützte den Freisinnigen nichts, daß sie sich besonders die Beamten vornahmen, die ein Wahlmannsmandat der Konservativen hatten. Den Vorsteher eines Postamts machten sie darauf aufmerksam, unter seinen Leuten seien Wahlmänner, die ihre Wahlpflicht noch nicht erfüllt hätten. Die Wahlmänner im Postrock kriegten zwar ihren Wink und gingen dann wählen, aber sie konnten den Kohl nicht mehr fett machen. Rechtsanwalt Ulrich, der Führer der Konservativen Moabits, der in der Hauptwahl ihr Kandidat gewesen war und beinahe an Runzes Stelle das Vergnügen gehabt hätte, in die Stichwahl zu kommen, kam nach dem Kriegsschauplatz und betrachtete sich mürrisch die Situation. Verdroß es ihn, daß die Seinen in hellen Haufen antreten mußten, um d[illegible] Freisinn aus der Patsche zu helfen? Herr Ulrich war selber zugleich Wahlmann[illegible] Ob für Herrn Runze, der [illegible] stimmen würde? Aber bis zu dieser Selbstentäußerung brachte Herr Ulrich es denn doch nicht: er verließ die Stätte des Kampfes, ohne seine Stimme abgegeben zu haben.
>
> Im Garten der Brauerei ging es, je weiter der Tag vorrückte, desto lebhafter zu. Unsre Genossen hatten hier ihr Bureau unter einem offenen Zeltdach, die Freisinnigen verbargen sich hinter den Wänden eines Nebengebäudes der Restauration. Der Eingang des Gartens war besetzt von Zettelverteilern beider Parteien, die mit lauter Stimme die Namen der Kandidaten ausriefen. Auf unsrer Seite arbeiteten auch viele Frauen mit. Ein Freisinniger suchte einen Schutzmann zu animieren, er solle unsern am Eingang stehenden Genossen und Genossinnen die Arbeit erschweren. Der Schutzmann ließ sich im wesentlichen nur dazu herbei, zu fordern, daß der Ruf: „Wer für freies Wahlrecht ist, wählt Adolf Hoffmann!" nicht zu laut erschalle. Hinterher verbreitete sich das Gerücht, der Schutzmann habe auch die Aeußerung getan, die Frauen sollten lieber Strümpfe stopfen. Gegenüber unserm Genossen Hoffmann stellte er in Abrede, sich so geäußert zu haben. Hoffmann beruhigte ihn: „Sollten Sie aber Strümpfe haben, denen es not tut, so sind unsre Frauen nach Feierabend gern bereit, auch das noch zu machen."
>
> Lustige Szenen gab es besonders in der letzten Stunde vor Schluß des Wahlaktes. So oft ein Freisinnsschlepper in seinem Automobil vorfuhr, ohne den gesuchten Wahlmann mitbringen zu können, wurde er von der wartenden Menge unsrer Genossen und Genossinnen mit fröhlicher Heiterkeit empfangen. Doch die Sache der Freisinnigen schien noch nicht schlecht zu stehen. Sie hatten bereits herangeschleppt, was irgend heranzuschleppen gewesen war: von 19 bürgerlichen Wahlmännern, die bei der Hauptwahl gefehlt hatten, waren 16 zur Stichwahl gekommen. Schon hatte die Zahl der Freisinnsstimmen das dritte Hundert überschritten, während für uns noch lange keine dreihundert zusammengebracht waren. Aber dann rückte mit einem Male der Nachschub unsrer Genossen an. Ein Wahlmann nach dem andern gab jetzt, an den Wahltisch herantretend, seine Stimme für Hoffmann ab. Und der Freisinn wurde überholt!
>
> Näher und näher rückte der Uhrzeiger seinem Ziel. Es stand fest, daß der Freisinn nichts mehr einholen konnte. Draußen im Garten wuchs die Spannung der harrenden Menge, drinnen im Wahllokal wußte man's bereits, wem der Sieg zufallen mußte. Der Wahlvorsteher erhob sich: „Es ist 7 Uhr, die Abstimmung ist geschlossen!" Ein Bravo wurde laut, durch die geöffnete Tür drang's hinaus in den Garten und weckte dort ein hundertfaches Echo. Die Tür wurde geschlossen, der Vorstand ermittelte das Wahlergebnis, dann verkündete er: 313 Stimmen für Hoffmann, 307 Stimmen für Runze!" Ein Freisinniger lachte kurz auf, Bravorufe und Händeklatschen der Sozialdemokraten antwortete ihm, Zischen klang von freisinniger Seite dazwischen, brausende Jubelrufe unsrer Genossen übertönten des Gegners ohnmächtige Wut.
>
> Machtvoll erklang die Arbeitermarseillaise, mit dem alten Kampf- und Trutzlied der Arbeiterklasse zogen wir hinaus. Draußen standen Tausende Kopf an Kopf und stimmten begeistert ein. Hochrufe auf das freie Wahlrecht, auf den Kandidaten der siegreichen Partei, auf die Moabiter Genossen, auf die mittätigen Frauen pflanzten sich fort bis auf die Straße.

Als Kontrast ein Stück aus dem Berichte der „Vossischen Zeitung":

> Sofort begann man mit dem immer wiederholten Absingen der Arbeitermarseillaise. Auch das Konzert, das gegen 1/2 5 Uhr begann, vermochte nicht den Siegesjubel zu vermindern. Das Konzert wurde von Sozialistenliedern übertönt. Nur vor dem Wahllokal drängte sich eine Schaar, die Stillschweigen bewahrte. Der Zugang zum Wahllokal wurde geschlossen gehalten. Bloß einigen Wahlmännern und Pressevertretern öffnete sich die Tür. Drinnen umstanden einige hundert Männer die Tische, an denen der Wahlvorstand, die Stimmführer und sonstige Vertrauensleute der kämpfenden Parteien Platz genommen hatten. Um 1/2 8 Uhr verkündete der Vorsitzende das amtliche Ergebnis: „Es sind bei der heutigen Wahl zum Abgeordnetenhaus insgesamt 620 Stimmen abgegeben worden. Davon waren gültig 620. Die absolute Mehrheit beträgt somit mindestens 311. Es haben erhalten Buchhändler Adolf Hoffmann 313, Prediger Dr. Runze 307 Stimmen. Damit ist Buchhändler . . . Die übrigen Worte verhallten in dem Lärme der Sieger, der sich draußen fortpflanzte. Bald erschollen Hochrufe auf den Abg. Hoffmann. Der letzte Abschnitt des Kampfes war der spannendste. Noch gegen 3/4 7 Uhr hatten die Freisinnigen einen kleinen Vorsprung. Während man nun im freisinnigen Lager betrübt feststellte, daß der eine Wahlmann nicht zu Hause war, ein andrer sein Versprechen, sicher noch zu kommen, nicht erfüllte, hatten die sozialistischen Schlepper offenbar mehr Erfolg. Ganze zwölf Mann schleppten sie — in einigen Fällen in des Wortes wahrster Bedeutung unter dem Gespött und Gejohle durch die Menschengasse, die sie gebildet hatten, bis zum Orte der Wahl. Wehe, wenn er versuchte, sich dadurch der Stimmabgabe zu entziehen, indem er in einem Augenblick, wo man ihn nicht vorwärts drängte, an einem der Tische im Garten Platz nehmen wollte . . .

Und dann kommt das Klagelied über den Boykott, das wir uns schenken können, weil es jetzt ein wenig untersucht werden soll.

* * *

Der „sozialdemokratische Kannibalismus".

Diese letzte der 443 preußischen Wahlen ohne Wahl gab schon vor ihrer Beendigung einem beträchtlichen Teile der Berliner bürgerlichen Presse erneuten Anlaß zu grausigen Schilderungen des „Terrorismus", der von den Berliner Arbeitern geübt worden sein soll. Die „Vossische Ztg." widmet der Angelegenheit abermals einen Leitartikel, in dem sie an der Hand von Parteitagsprotokollen den durchaus zutreffenden Nachweis führt, daß die Sozialdemokratie eine grundsätzliche Feindin jedes Gesinnungszwangs ist. Die „Vossische Zeitung" kann nur nicht begreifen, daß man in der Notwehr auch zu Mitteln greift, die man sonst verabscheut; sie begreift auch nicht, daß es etwas andres ist, den Willen der Wähler durch Terrorismus zu fälschen oder dem wahren Willen der Wähler durch Terrorismus Geltung zu verschaffen.

Die Urwähler von Berlin 12 haben bei den öffentlichen Landtagswahlen in ihrer überwiegenden Mehrheit sozialdemokratisch gewählt, wie sie es bei den geheimen Reichstagswahlen auch getan haben. Der Kreis kann ehrlicherweise nur sozialdemokratisch vertreten sein, und wer zu verhindern versucht, daß er seine rechtmäßige Vertretung erhalte, begeht damit eine politisch unanständige Handlung.

Es ist also kein Wunder, daß die Arbeiter von Berlin 12 sich bemüht haben, die Wahlmänner des Herrn Runze zum Fernbleiben zu bewegen. Es ist auch kein Wunder, wenn dabei leidenschaftliche Worte gefallen sind. Nunmehr, nach Beendigung der Wahl, wird sich die Stimmung auf beiden Seiten beruhigen und insbesondere dürfte auf seiten der Arbeiter keine Neigung bestehen, den Kampf gegen ein paar Bäcker und Grünkramhändler, die sich der Tragweite ihrer Handlungsweise wahrscheinlich kaum bewußt gewesen sein dürften, bis zum Weißbluten fortzuführen.

Angesichts dieser mutmaßlichen Entwicklung der Dinge gewinnen die Schreckens[illegible], die die „Voss. Ztg." von dem Terror der Berliner Arbeiter entwirft, einen Stich ins Humoristische. Sie erzählt z. B. von einem „vollkommen niedergebrochenen Händler", der ihrem Vertrauensmann ein klägliches Bild von seiner mutmaßlichen Zukunft gab:

> Habe schon am heutigen Vormittag der über ihn verhängte Boykott einen großen Einnahmeausfall bewirkt, so würde das noch viel schlimmer werden, wenn er heute von seinem Mandat als Wahlmann Gebrauch mache. Deshalb werde er nicht wählen. . . . Von seinem Kontrakt werde er sich entbinden lassen und dann wegziehen müssen. . Und wie vielen wird es so gehen!

Natürlich ist dieser ungenannte Händler einer von den vielen, denen der sozialdemokratische Terrorismus eine recht willkommene Handhabe bietet, um allzu dringliche Schlepper abzuweisen. Keinesfalls ist er ein Held, auf den der Freisinn stolz sein kann.

Ergötzlich benimmt sich die scharfmacherische „Post". Sie nennt einen Aufruf der Arbeiterfrauen, in dem auf die geschäftliche Abhängigkeit vieler bürgerlicher Wahlmänner von der Arbeiterkundschaft aufmerksam gemacht wird, „eine schamlose Aufforderung", aus der man ersieht, „was für Fortschritte in der sozialdemokratischen Partei die Korruption schon gemacht hat". So das Blatt, das die Aushungerung der Arbeiter ihrer Gesinnung wegen, die Maßreglung von Sozialdemokraten in Staats- und Privatbetrieben seit je für eine berechtigte, notwendige und löbliche Maßnahme erklärt hat.

Während sich die bürgerliche Presse also über den Terrorismus der Sozialdemokratie sittlich entrüstet, kommt aus Kattowitz die Nachricht, daß dort elf Arbeiter gemaßregelt wurden, weil sie — Zentrum wählten! Die elf sind sämtlich verheiratet und standen bei der staatlichen Ferdinandgrube, die sie jetzt entlassen hat, zum Teil seit 12 bis 37 Jahren in Arbeit.

Das Zentrum ist eine Partei, der man alles andre nachsagen kann, als daß sie eine Feindin von Thron und Altar, daß sie antimonarchisch sei und den Umsturz wolle. Aber die Regierung hat sich augenblicklich mit ihr gezankt. Grund genug, abhängige Arbeiter aufs Pflaster zu werfen, die für sie stimmen.

Von den Parteien Preußens sind nicht weniger als fünf (Sozialdemokratie, Zentrum, Polen, Welfen, Dänen) verboten, nur die vier Blockparteien sind erlaubt. Wer gegen sie stimmt, mag am Wegrand verhungern. Das ist aber kein „sozialer Kannibalismus", beteuern die Blockblätter bis zur „Norddeutschen". —

Aus der Parteibewegung.

An die Bezirks- und Kreisleitungen der sozialdemokratischen Partei. Laut Beschluß des Parteivorstandes und der Kontrollkommission schließt das laufende Geschäftsjahr der sozialdemokratischen Partei mit dem 30. Juni d. J. Alle Beiträge der Kreise, die in diesem Geschäftsjahr verrechnet werden sollen, müssen bis zum 30. Juni zu Händen des Kassierers sein.

Der Parteivorstand.

Die Sozialdemokratie Sachsen-Meiningens wird am Sonntag den 5. Juli eine Landeskonferenz zu Saalfeld abhalten. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten sollen behandelt werden: Das Reichsvereinsgesetz: a) Jugendorganisation, b) Organisation der Frauen. — Das neue Volksschulgesetz. — Die „korrigierte" Gemeindeordnung. — Unsre Stellung zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes. — Die Landtagswahl im Jahre 1909. —

Redakteurfreuden. Genosse Freudenthal von der „Märkischen Volksstimme" zu Kottbus hat eine dreimonatige Gefängnisstrafe angetreten. Die Strafe wurde ihm wegen einer Notiz zudiktiert, durch die ein Geistlicher sich beleidigt fühlte. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 24. Juni 1908.

Die beleidigte Polizei.

Die Nr. 45 der „Volksstimme" vom 22. März d. J. berichtete aus Staßfurt das Folgende:

> (Was die Polizei alles erfährt.) Durch einen Zufall haben wir den Inhalt der Anzeige kennen gelernt, die der Polizeikommissar Kaden über den 12. Januar erstattet hat. Es heißt da, nachdem der sogenannte Umzug beschrieben ist: Er, Herr Kaden, habe nachträglich erfahren, daß auf dem Königsplatz die Bildung eines geschlossenen Karrees mit der Ausbringung eines Hochs auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht geplant gewesen sei. Auch seien weitere Demonstrationen im Böberschen Lokal beabsichtigt gewesen. Das alles aber sei unterblieben wegen der Anwesenheit der Polizei. — Wir sind wirklich neugierig auf den Zeugen, der Herrn Kaden das hinterbracht hat. Oder hält etwa die Staßfurter Polizei sich auch Achtgroschenjungen, die etwas erfinden, wenn sie nichts entdecken können? Erheiternd ist die Sache auf jeden Fall. —

Durch diese Notiz fühlte sich die Staßfurter Polizei beleidigt. Besonders die beiden letzten Sätze sollten beleidigender Natur sein. Die Polizei stellte Strafantrag und die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen unsern Redakteur, den Genossen Wittmaack. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Angeklagten am 8. Mai d. J. zu dreißig Mark Geldstrafe. Der Angeklagte und sein Verteidiger wiesen vergeblich auf die bekannte Tatsache hin, daß Polizeibehörden sich Spitzel und Achtgroschenjungen halten, die auch nicht selten „etwas erfinden, wenn sie nichts entdecken können". Es könne doch keine Beleidigung sein, wenn man eine Polizeiverwaltung frage, ob sie denselben Gepflogenheiten huldige wie zahlreiche andre Polizeiverwaltungen. Das Gericht ließ sich auf die Frage der Polizeispitzel gar nicht ein. Es kam vielmehr zu einer Verurteilung, weil in der Tonart der Notiz eine Verhöhnung der Staßfurter Polizei liege, denn sie sei dadurch lächerlich gemacht worden, daß ihre Findigkeit und Aufmerksamkeit in Frage gestellt worden sei. Eine andre Frage sei es, so meinte das Schöffengericht, ob die Staßfurter Polizeiverwaltung nicht besser getan hätte, den Artikel zu ignorieren. Darüber habe aber das Gericht nicht zu entscheiden.

Gegen das Urteil legte der Angeklagte Berufung ein, die am heutigen Mittwoch vor der [illegible] Strafkammer des hiesigen Landgerichts zur Verhandlung kam. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Landsberg, beantragte Freisprechung, während der Staatsanwalt auf Verwerfung der Berufung plädiert hatte, da die inkriminierte Notiz in der Zeit der Demonstrationen für das Wahlrecht erschienen und daher um so eher geeignet gewesen sei, die Polizei lächerlich zu machen.

Das Gericht erkannte nach langer Beratung auf Freisprechung. Es sei nicht beleidigend, wenn man die Staßfurter Polizei frage, ob sie sich auch wie andre Polizeiverwaltungen Vigilanten halte. Ebensowenig sei es für die Polizei beleidigend, wenn man von Vigilanten rede, die etwas erfinden, wenn sie nichts entdecken können. Schließlich sei es auch nicht beleidigend, wenn es erheiternd genannt werde, daß ein unzuverlässiger Gewährsmann der Polizei einen Reinfall bereitet habe.

Die Staßfurter Polizeiverwaltung hätte also in der Tat besser getan, wenn sie den Artikel ignoriert hätte! —

— Die gefährliche rote Mainummer. Vor dem hiesigen Schöffengericht waren am Dienstag zwei Anarchisten, der Schuhmacher Otto Wollschläger und der Schneider Rudolf Herrmann, angeklagt, gewerbsmäßig am 1. Mai 1908 in Magdeburg im „Luisenpark" Exemplare der roten Mainummer des „Revolutionärs" während der Dauer der Beschlagnahme dieser Zeitung mit Kenntnis der verfügten Beschlagnahme verbreitet zu haben. Wollschläger war von einem Kriminalschutzmann bei dem Verkauf betroffen worden. Dem Kriminalbeamten wurde auch mitgeteilt, daß der gleichfalls im Lokale anwesende Schneider Rudolf Herrmann Zeitungen verteilt habe. Beide wurden sistiert und bei jedem einige Nummern der wegen ihres angeblich aufreizenden Inhalts beschlagnahmten roten Mainummer gefunden. Die Beschlagnahme war den Angeklagten bekannt, insbesondere Wollschläger, der hier die anarchistischen Zeitungen „Der Revolutionär" und „Der freie Arbeiter" vertreibt. Wollschläger bestritt, daß er die fraglichen Nummern verteilt habe, insbesondere, daß er dies gewerbsmäßig getan hätte; er ziehe überhaupt aus seinem ganzen Zeitungsvertrieb keinen Nutzen, sondern tue dies lediglich aus Interesse zur Sache. Herrmann bestritt ebenfalls die Verteilung und will lediglich durch Zufall in den Besitz der Nummern gekommen sein. Der Amtsanwalt meinte, die Angeklagten würden aus § 28 PG. zu bestrafen sein, ev. aber wegen Verteilung von Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubnis. Es wurden je 2 Wochen Gefängnis beantragt. Das Gericht sprach Herrmann aber frei, verurteilte dagegen Wollschläger, dem auch keine gewerbsmäßige Verteilung, sondern lediglich eine solche aus Parteiinteresse nachgewiesen werden konnte, aus § 28 des Reichspreßgesetzes zu zwei Wochen Gefängnis. —

— Vom städtischen Arbeitsnachweis. Auf dem Umwege über Berlin, durch das vom kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebene „Reichs-Arbeitsblatt" erfährt man etwas über das von der Stadt Magdeburg eingerichtete städtische Arbeitsnachweis-Bureau. Nach den Berichten über die letzten 3 Monate waren im März d. J. arbeitslos 2868 männliche und 699 weibliche Personen. Offene Stellen waren vorhanden für männliche

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 146. Magdeburg, Donnerstag den 25. Juni 1908. 19. Jahrgang.

6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

C. B. Hamburg, 23. Juni.

Der Kongreß beginnt die Diskussion der Frage der Dienstbotenorganisation. Das Wort verlangt die Genossin Zietz (Hamburg), die als Vertreterin des Hamburger Dienstbotenvereins als Gast dem Kongreß beiwohnt.

Josephsohn (Hamburg) protestiert zur Geschäftsordnung gegen die Worterteilung. Die Gäste dürften den Delegierten die Zeit nicht wegnehmen. In der „Gleichheit" sei schon vorher angekündigt worden, daß die Genossin Zietz hier sprechen würde.

Vors. Bömelburg (Hamburg) bittet, den Schein persönlicher Motive zu meiden. Er erinnert an die Differenzen zwischen der Generalkommission und der sozialdemokratischen Vertrauensperson in der Frage der Dienstbotenorganisation und hält es für gut, auch einen Vertreter der Gegenseite zu hören. Der Kongreß erteilt mit großer Mehrheit der Genossin Zietz das Wort.

Luise Zietz (Hamburg): Ich danke Ihnen zunächst namens des Vereins der Hamburger Dienstboten. Wir haben den lebhaften Wunsch, die Agitation und die Organisation unter den Dienstboten auch nach den andern deutschen Ländern zu verpflanzen. Die Dienstbotenbewegung ist geboren aus dem Gedanken der Solidarität, um die Arbeiterkategorie, die rechtlich, sozial und wirtschaftlich auf der tiefsten Stufe steht, zu heben. Von ihr soll auch die allgemeine Arbeiterbewegung Vorteil haben. Denn die Dienstboten werden später die Frauen der Arbeiter (Sehr gut!), und Sie alle wissen, wie außerordentlich schädlich indifferente und feindlich gesinnte Frauen und Mütter der Arbeiterbewegung sind, und wie außerordentlich nützlich auch die nichterwerbstätigen Frauen sind, die den Geist der Solidarität erfaßt haben. Ich hoffe daher, daß Sie die Resolution Grünberg einstimmig annehmen werden und auch dafür sorgen werden, daß sie verwirklicht wird. Allerdings ist die Dienstbotenbewegung nur ein Reflex der gesamten Arbeiterbewegung, nur möglich, wo die Arbeiterbewegung bereits eine bestimmte Stärke und ein gewisses Alter erreicht hat. Nur dort, wo die Ideologie des Volkes bereits von den Gedanken der Arbeiterklasse beherrscht wird. Aber die Organisation der Dienstboten kann nicht das Werk der Kartelle allein sein. Sie können vielleicht das Geld für die erste Agitation hergeben, aber nicht dauernd die Verwaltungsarbeit leisten. Dazu gehören geschulte Frauenkräfte. Diese Frauenkräfte können auch da umfangreiche Voragitation leisten, die Mädchen aus ihrer Vereinzelung herauszuholen und zum Bewußtsein ihrer Zahl zu bringen.

Organisationsfähig sind die Dienstboten.

Wir in Hamburg haben schon 3000 Mädchen organisiert, von denen zurzeit über 2000 wirkliche Mitglieder unsres Vereins sind. Ein wirksames Agitationsmittel und eine wirksame Waffe für die Verbesserung der Lebenslage der Dienstboten ist unser Arbeitsnachweis, der sehr viel besucht wird. Auch unsre Erfahrungen beweisen, daß es möglich ist, durch die Organisation den geknechtetsten und ausgebeutetsten Proletariern zu helfen. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution Grünberg wird einstimmig angenommen.

Nächster Gegenstand der Beratung ist der

Heimarbeiterschutz.

Hierzu liegt folgende Resolution Sabath (Generalkommission) vor:

Die Heimarbeit ist diejenige Produktionsform, die infolge ihrer Rückständigkeit die schlimmste Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ermöglicht.

Die Heimarbeit isoliert die Arbeiter und die Arbeiterinnen, erschwert deren Organisation und macht sie daher unfähig, sich aus eigner Kraft gegen diese Ausbeutung zu wehren. Da es nun aber nicht allein im Interesse der Heimarbeiter und -arbeiterinnen selbst, sondern im Interesse des Gemeinwohls liegt, daß dieser durch die Heimarbeit begünstigten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft Einhalt geboten wird, erachtet der sechste deutsche Gewerkschaftskongreß einen ausreichenden gesetzlichen Schutz der Heimarbeit für eine dringende Notwendigkeit.

Als das Mindestmaß dessen, was zum Schutze der Heimarbeiter zu geschehen hat, hält der Kongreß die Durchführung der vom ersten Heimarbeiterschutzkongreß zu Berlin im Jahre 1904 aufgestellten Forderungen für erforderlich.

Daß die Verwirklichung dieser Forderungen ein zwingende Notwendigkeit ist, hat die im Jahre 1906 in Berlin stattgefundene Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit zur Evidenz bewiesen.

Nach dieser Ausstellung, die das Elend in der Heimindustrie in seiner ganzen Größe und erschreckenden Tiefe gezeigt und das öffentliche Gewissen aufgepeitscht hat, hätte man erwarten dürfen, daß die Reichsregierung ein größeres Maß von Entgegenkommen gezeigt hätte, den Wünschen und Forderungen der Heimarbeiter und -arbeiterinnen entgegenzukommen, als es in dem Entwurf zum Titel VIIa der Gewerbeordnung geschehen ist.

Dieser Entwurf erfüllt weder die Wünsche und Forderungen der Heimarbeiter noch die Versprechungen, die selbst Regierungsvertreter denselben in bezug auf gesetzlichen Schutz gemacht haben. Er ist nicht nur eine Halbheit — er verdient auch nicht einmal den Namen eines Heimarbeiterschutzes. Die ganze Tendenz dieses Entwurfs scheint vielmehr darauf gerichtet zu sein, die Schaffung eines wirklichen reichsgesetzlichen Schutzes in unabsehbare Ferne zu rücken, weil die Initiative zum Erlaß von Schutzbestimmungen in die Hände der Polizeibehörden gelegt werden soll. Diese aber müssen nicht, sie können nur Schutzbestimmungen für Heimarbeiter erlassen; es wird also von deren gutem Willen und sozialer Einsicht abhängen, ob sie solche erlassen werden oder nicht.

Da die Arbeiterschaft erfahrungsgemäß keine Ursache hat, der sozialen Einsicht der Polizeibehörden zu vertrauen, steht der Kongreß nach wie vor auf dem Standpunkte, daß ein wirksamer Heimarbeiterschutz nur durch Reichsgesetz mit zwingender Kraft geschaffen werden kann.

Diesen reichsgesetzlichen Heimarbeiterschutz hält der Kongreß nur dann für gegeben, wenn der Reichstag und Bundesrat dem von der sozialdemokratischen Fraktion ausgearbeiteten Gesetzentwurf stattgibt, der aufgebaut ist auf den Wünschen und Forderungen, die der Heimarbeiterschutzkongreß an die Gesetzgebung erhoben hat und der unter Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft zustande gekommen ist.

Der Kongreß spricht deshalb die Erwartung aus, daß bei der kommenden Beratung der Gewerbeordnung der gesetzliche Heimarbeiterschutz von Reichstag und Bundesrat im Sinne des Entwurfs der sozialdemokratischen Fraktion, der den Willen der organisierten Arbeiterschaft zum Ausdruck bringt, gestaltet wird.

Sabath (Berlin) begründet die Resolution, indem er auf das in der Heimarbeit seit Jahren festgestellte Elend noch einmal einige Schlaglichter wirft.

Von dem Verbande der Tabakarbeiter, Zahlstelle Berlin, liegt folgender Antrag vor:

Der sechste Gewerkschaftskongreß beschließt unter Wiederholung des von dem fünften Gewerkschaftskongreß angenommenen Antrags: „Die in den Gewerkschaftsorganisationen organisierten Mitglieder sind zu verpflichten, ihre Frauen und Töchter, welche in gewerblichen Betrieben oder Heimarbeit beschäftigt sind und durch ihre Nichtorganisation den Fortschritt in den in Frage kommenden Gewerben (Konfektion, Tabakindustrie usw.) hemmen, den in diesen Gewerben existierenden Gewerkschaftsorganisationen zuzuführen." Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird beauftragt, an sämtliche Kartelle, Gewerkschaftskommissionen und so weiter durch Rundschreiben auf diesen Beschluß aufmerksam zu machen, dafür einzutreten, daß dieser Beschluß auch zur Geltung gelange.

Börner (Berlin) begründet den Antrag. Wer in der Partei oder Gewerkschaft eine Rolle spiele, habe vor allem die Pflicht, seine eignen Familienmitglieder zur Solidarität zu erziehen.

Haack (Dresden): Die Forderung ist natürlich ganz berechtigt, aber nicht immer hat der Familienvater die Macht, seinen Willen durchzusetzen. (Lachen.) In der vorliegenden Fassung wirft der Antrag einen Zankapfel in die Gewerkschaften. (Lachen und Widerspruch.)

Weinschild (Offenbach, Portefeuiller): Die Heimarbeitsausstellung in Frankfurt a. M. gibt ein ganz falsches Bild. Die Vertreter der Arbeiter, die an der Vorbereitung der Ausstellung beteiligt waren, sind leider dem suggestiven Einfluß des Unternehmertums erlegen. Die dort angegebenen Löhne sind vielfach Zwischenmeisterverdienste, nicht Arbeiterlöhne. Wir haben erfreulicherweise in der Portefeuille-Industrie durch unsre starke Organisation das Zwischenmeistertum fast beseitigt. Das ist der erste Schritt zur Besserung der Verhältnisse in der Heimarbeit. (Beifall.)

Kloth (Berlin, Buchbinder) verteidigt die Resolution Börner. Der darin gegebene Zwang sei durchaus gesund.

Deichmann (Bremen, Tabakarbeiter): Die fortgeschrittenen Gewerkschaftler sollten sich doch nicht gegen ihre Pflicht sträuben, den zurückgebliebenen Berufen weiterzuhelfen. Die Forderung, daß auch die erwerbstätigen Frauen und Töchter der Gewerkschaftler sich organisieren, sollte doch eigentlich für uns selbstverständlich sein. Im übrigen treten wir Tabakarbeiter wegen der hygienischen Gefahren für die gänzliche Beseitigung der Heimarbeit ein. (Beifall.)

Hübsch (Berlin, Textilarbeiter): Der Vater hat die Pflicht, auch für die Erziehung seiner Kinder zur proletarischen Solidarität zu sorgen. Das wollen wir in der Resolution Börner aussprechen.

Fritsch (Liegnitz, Textilarbeiter): Die besser gestellten Berufe sollten uns in dieser Frage helfen; dann würden auch ihre Kämpfe um weitere Verbesserung ihrer Lebenslage die ungeteilte Sympathie der gesamten Arbeiterschaft finden.

Götze (Wilhelmshaven, Schneider): Die Regierung selbst, besonders das Reichsmarineamt, bedient sich in weitem Umfang der Heimarbeit. Da wundert es uns nicht, daß sie nichts Ernsthaftes gegen die Schäden der Heimarbeit tut. (Sehr wahr!)

Ein Schlußantrag findet Annahme. Die Resolution Sabath wird einstimmig angenommen, der Antrag des Tabakarbeiterverbandes fast einstimmig.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die

Beseitigung des Kost- und Logiszwangs beim Arbeitgeber.

Der Referent P. Blum (Berlin, Sattler) legt folgende Resolution vor:

Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses und unter Berücksichtigung der Resultate, welche die Zentralkommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges durch ihre Arbeiten, insbesondere durch ihre statistische Erhebung über das Logiswesen im Handwerk erzielt hat, wonach über vier Fünftel sämtlicher in Frage kommenden Wohn- und Schlafräume der beim Arbeitgeber wohnenden Arbeiter auch den allerbescheidensten Anforderungen nicht genügen, erklärt der Kongreß, daß eine reichsgesetzliche Reglung dieser Materie nicht nur dringend geboten erscheint, sondern daß sie unverzüglich in die Wege geleitet werden muß.

Der Kongreß fordert die völlige Aufhebung des zweiten Absatzes des § 115 der Gewerbeordnung, so daß in Zukunft die Arbeitgeber verpflichtet sind, die Löhne ihrer Arbeiter nur in Reichswährung zu berechnen und in bar auszuzahlen.

Bis eine gesetzliche Reglung dieser Materie erfolgt ist, fordert der Kongreß, daß die Regierungen geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Auswüchse dieses Systems nach Möglichkeit einzudämmen. Insbesondere sind die Gemeindeverwaltungen anzuweisen, durch eine gesunde Wohnungsreform und die Einführung einer geregelten Kontrolle dieser Schlafräume, den Gefahren vorzubeugen, denen die betreffenden Arbeiter und zum großen Teil auch das konsumierende Publikum ausgesetzt sind. Die sofortige Ausdehnung der jetzt schon bestehenden behördlichen Vorschriften der beim Arbeitgeber wohnenden Arbeiter erklärt der Kongreß für eine dringende Notwendigkeit.

In seinem Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiswesens führt Blum aus, daß sie nicht ihre Aufgabe darin erblickte, direkt in den Kampf einzugreifen, sondern Material zu sammeln und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Der Kommission sind zurzeit 22 Gewerkschaften mit ½ Million Mitglieder angeschlossen. Eine ständige Korrespondenz über festgestellte Schäden des Kost- und Logiswesens geht vielen Partei- und Gewerkschaftszeitungen zu. Umfangreiche statistische Erhebungen wurden von Calwer bearbeitet und allen maßgebenden Stellen zugesandt. Redner schildert an der Hand dieser Zahlen die Schäden des Kost- und Logiswesens, die unmenschlich langen Arbeitszeiten, die zu 65 Prozent schlechten Wohnungen usw. und bittet um Annahme der Resolution. (Beifall.)

Hensel (Hamburg, Fleischer), Diesing (Berlin, Hoteldiener) und Karl (Hamburg, Bäcker) schildern den übeln Einfluß des Kost- und Logiszwanges für ihren Beruf, ihre Organisation und ihre politischen Rechte.

Hierauf wird die Resolution Blum einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist

die Maifeier.

Hierzu liegt zunächst die Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission vor:

Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftskartell und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitags, für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem andern Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Aussperrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung von Beginn der zweiten Woche gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften an dem Orte, an welchem die Aussperrung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterstützung der Ausgesperrten soll an den in Frage kommenden Orten ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht, oder reichen die Mittel eines solchen Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten am Orte von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Aussperrung aufzubringen hat, wird nach der Mitgliederzahl dieser Organisationen berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Aussperrungen Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen.

(Durch Abstimmung ist zu entscheiden, ob der Kongreß dieser Vereinbarung zustimmt.)

Gewerkschaftskartell und Vorstände der Zahlstellen der Zentralverbände in Frankfurt a. M. beantragen:

Der Gewerkschaftskongreß möge beschließen: Die Generalkommission wird beauftragt, mit dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei erneut in Verhandlungen zu treten, um eine befriedigende Reglung der Unterstützungsfrage der bei der Maifeier Gemaßregelten zu erzielen, wie dies in der bekannten Vereinbarung geschehen ist.

Die vereinigten Gewerkschaften Nürnbergs schlagen folgende Resolution vor:

Die am 26. Mai im Gewerkschaftshaus versammelten Delegierten der Gewerkschaften Nürnbergs haben sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß die Maifeier in der von der Generalkommission der Gewerkschaften mit dem Parteivorstand vereinbarten Form unmöglich durchgeführt werden kann. Die einzelnen Orte können nicht das Risiko tragen, das ihnen durch diesen Beschluß auferlegt wird. Praktisch bedeutet dieser Beschluß die Beseitigung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Die versammelten Delegierten der Nürnberger Gewerkschaften verkennen nicht die Schwierigkeit, welche die Maifeier bisher schon den Gewerkschaften und der Partei verursacht hat. Die Gewerkschaftsvertreter fordern deshalb zum mindesten eine klare Stellung vom Gewerkschaftskongreß in Hamburg und eine einheitliche Kundgebung entweder für oder gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai mit der Maßgabe, daß, im Fall Arbeitsruhe im Rahmen der Beschlüsse der internationalen Kongresse begutachtet werden sollte, das Risiko die Zentralverbände zu tragen haben, d. h. die Kosten aus den Hauptkassen zu decken sind.

Die Generalkommission ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die der Partei durch die Maifeier [illegible] Kosten ebenfalls von der Zentralkasse getragen werden.

Schließlich beantragt das Gewerkschaftskartell Fürth:

Der sechste Gewerkschaftskongreß wolle beschließen: In Zukunft ist von der Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe Abstand zu nehmen.

(Die Unterstützung reicht bei diesem Antrag knapp aus.)

Dißmann (Frankfurt a. M.): Die Ausschaltung der Zentralen versetzt der Arbeitsruhe am 1. Mai den Todesstoß. Er schwächt die Entschlossenheit der Arbeiter und stärkt den Widerstand des Unternehmertums. Auch der Gedanke der Zentralisation muß darunter leiden. Die Vereinbarung zwischen Partei und Gewerkschaften war eine Enttäuschung: sie zwang auch die Zentralverbände, die schon aus der Zentralkasse die Maiunterstützung zahlten, davon zurückzukommen. Sie setzte

schematisch und gewaltsam

den Beginn der Maiunterstützung auf die zweite Woche zurück. Sie übersah, daß die Mittel, ob sie nun lokal oder zentral aufgebracht werden, doch von denselben Genossen getragen werden müssen. Deshalb sollte die Unterstützung in den Gewerkschaften wie in der Partei zentral geordnet werden. Das Motiv unsres Frankfurter Antrags war der Wunsch, die Maifeier hochzuhalten und auch die Arbeitsruhe zu verstärken. Aber alle, die aus irgendeinem Motiv die Vereinbarungen für abänderungsbedürftig halten, können, gleichviel aus welchem Motiv, dem Frankfurter Antrag zustimmen, damit wir eine bessere Verständigung suchen. Nicht neue Disharmonien wollen wir wecken, sondern im Sinne der Beschlüsse von Stuttgart und Mannheim eine schönere Einigkeit herstellen.

Zur Begründung des Abkommens führt

Legien aus: Gern würden wir eine Einigung unter besseren Bestimmungen suchen, aber auch der Vorredner hat den besseren Weg nicht gezeigt. (Sehr wahr!) Das Abkommen steht durchaus auf dem Boden der internationalen und nationalen Maifeierbeschlüsse und ändert eigentlich nichts an der bisherigen Praxis. Auch bisher gab es ja nur vereinzelt zentrale Unterstützungen, so im Metallarbeiterverband, allerdings unter Bedingungen, die die Maifeierruhe noch schwerer machen, als dieses Abkommen. Die Vereinbarung soll an dem bisherigen Charakter der Demonstration gar nichts ändern, sie will nur die Lasten gerechter verteilen. Es ging nicht länger an, daß der eine Teil die Beschlüsse faßte und der andre sie verantworten mußte.

Wir wollen die Arbeitsruhe nicht einschränken,

sondern nur einen einheitlichen Beschluß. Gewiß sind wir alle Anhänger der Zentralisation, aber war denn die Maifeier bisher zentralisiert? Konnten wir denn bisher sagen, daß überall der 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen ist? Solange die Maifeier selbst nicht zentralisiert ist, kann man auch die Unterstützung nicht zentralisieren. Die örtliche Entscheidung wird das Verantwortlichkeitsgefühl stärken: sie erlaubt dem Idealismus, die Arbeitsruhe ein ganzes Jahr lang vorzubereiten. Niemand will auch eine Zentralkasse, die bisher schon Maiunterstützung gezahlt hat, hindern, das auch in Zukunft zu tun. Aber das soll unsre Vereinbarung leisten: Das Verantwortlichkeitsgefühl der örtlichen Instanzen schärfen und die rechtzeitige

finanzielle Vorbereitung der Maifeier

ermöglichen. Stimmen Sie dieser ersten einheitlichen Beschlußfassung in Sachen der Maifeier zu. (Lebh. Beifall.)

Cohen (Berlin, Metallarbeiter): Ich bin autorisiert zu erklären, daß wir Metallarbeiter der Vereinbarung zustimmen. (Zurufe.) Ja, auch Dißmann. (Gr. Heiterk.) Wir stehen aber mit Dißmann auf dem Standpunkt, daß Generalkommission und Parteivorstand noch einmal überlegen sollten, ob nicht für die

Aufbringung der Mittel ein andrer Weg gefunden werden kann. Für die Schaffung eines Fonds am Orte wird vor dem 1. Mai wenig Stimmung sein. Die Motive des Frankfurter Antrags lehnen wir ab. Wir haben das größte Interesse daran, die Hauptkasse der Gewerkschaften nicht mit der Maiunterstützung zu belasten. Wir können nicht dieses Zentnergewicht als Ballast an den Beinen herumschleppen. Einige Schwärmer mit gutem Willen, die aber nicht mit den Beinen auf der Erde stehen, möchten ja die Arbeitsruhe um jeden Preis durchsetzen, aber dann müßten die Gewerkschaften alle ihre Einnahmen der Maifeier opfern. Ob das befriedigt, weiß ich angesichts des Schicksals der Buchbinder und der Berliner Metallarbeiter nicht. (Heiterk.) Uns ist in den Großbetrieben durch die Streitigkeiten über Feiern und Nichtfeiern eine

zehnjährige Organisationsarbeit vernichtet

worden und ein Schaden entstanden, den kein Geld wieder gutmachen kann. Mit einem Schlage ist die Arbeit von Hunderten und Tausenden von Kollegen vernichtet worden. Nicht nur finanziell, auch moralisch hat unser Verband Niederlagen erlitten. Wer es mit der Großindustrie und einem brutalen Unternehmertum zu tun hat, muß vorsichtig sein. Im Interesse der Arbeiter und der Gewerkschaften verlangen wir für die Arbeitsruhe am 1. Mai doppelte Vorsicht. (Lebh. Beif.)

Neumann (Hamburg, Holzarbeiter): Die Opposition gegen die Vereinbarung richtet sich in erster Linie gegen die Art, wie die Unterstützung geregelt wird. Damit wird zugegeben, was bisher immer bestritten wurde, daß ein großes Risiko mit der Maifeier verbunden ist. Wie oft wurde einzelnen Führern vorgeworfen, sie bremsten ganz unberechtigt, die Maifeier sei ganz gefahrlos. Dann wendet sich die Opposition gegen die lokale Entscheidung. Es ist gewiß bequemer, eine kräftige Mairede zu halten oder flotte Artikel für die Maifeier zu schreiben, als selbst ins Geschirr zu gehen und sich Kenntnis von den internen Verhältnissen zu verschaffen. (Heiterkeit.) Vor Beginn der Maifeier soll man jetzt die örtlichen und beruflichen Verhältnisse abschätzen. So wird durch die Vereinbarung das Verantwortlichkeitsgefühl gestärkt. Die Vereinbarung steht durchaus in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der deutschen Delegation in Stuttgart. Die Zentralisation baut sich aus den Mitgliedschaften der verschiedenen Orte auf. In den allermeisten Zahlstellen kann an eine Maifeier nicht gedacht werden, die nur in den gut organisierten großen Industrieorten möglich ist. Wenn nun aus den Zentralkassen die Maifeierunterstützung gezahlt wird, müssen dann nicht die Kollegen in den kleinen Orten sich sagen: „Wir zahlen und zahlen, unsre Lohnbewegungsansprüche werden zurückgewiesen, nur weil sich Hamburg oder Berlin wieder einmal eine kostspielige Maifeier geleistet haben!" (Sehr wahr!) Unser Verband stimmt der Vereinbarung in ihrer Grundform zu. Wir haben auf unserm Verbandstag in Stettin unsre Erfahrungen über die Maifeier ausgetauscht, und diese Erfahrungen mußten zu den schwersten Bedenken Anlaß geben. Unsre bisherigen statutarischen Bestimmungen über die Maifeierunterstützung sollen nur so lange gelten, als die Vereinbarung noch nicht definitiv ist. Die Reglung, wie sie vorgesehen ist, entspricht den Interessen der Organisationen durchaus.

Knoll (Berlin, Steinsetzer): In der Gewerkschaftsbewegung wie in der Generalkommission gehen die Ansichten über die Maifeier weit auseinander, und doch sind wir in der Generalkommission zur einstimmigen Annahme der Vereinbarung gekommen. Die Steinsetzer haben stets den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert, aus Idealismus und ohne Unterstützungen. Ueberhaupt sollte man die Unterstützungen nicht so sehr in den Vordergrund stellen.

Die Maifeier ist die Revolution eines Tages,

die Empörung, die schrankenlose Freiheit. Wollen Sie die Revolution auch abhängig machen von dem Vorhandensein ausreichender Unterstützungen? (Heiterkeit.) Stimmen Sie den Vereinbarungen ruhig zu.

Nürnberg (Nürnberg, Schuhmacher): Auch wir freuen uns, daß in dieser Frage eine Annäherung zwischen Partei und Gewerkschaften erfolgt ist, aber

dieses Abkommen erschwert die Arbeitsruhe,

ja macht sie unmöglich. Bisher konnten wir den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen, wo das Organisationsverhältnis gut war. Jetzt sollen wir auf die örtliche Unterstützung und alle andern Gewerkschaften am Orte warten. Das kann nicht unser Wille sein. Mögen Parteivorstand und Generalkommission ein andres Abkommen treffen zur Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai. (Beifall.)

Leber (Jena): Alle Redner außer Cohen haben sich bemüht, die sachlichen Momente hervorzuheben. Das ist gegen Köln ein bedeutender Fortschritt. Cohen war zu seiner Rede von den Metallarbeitern nicht autorisiert. (Lebhafter Widerspruch.) Wir wollten einheitlich dem Abkommen zustimmen, aber nicht wieder sein uralies Lied hören. (Zuruf: Ein schönes Lied!) Legien schloß mit der Hoffnung, daß wir doch noch stark genug werden würden, die Maifeier würdig zu begehen, Cohen sagte das direkte Gegenteil. Können wir einen solchen Widerspruch zwischen zwei Mitgliedern der Generalkommission in die Welt hinausgehen lassen? (Cohen ruft: Warum nicht?) Auch wir sind nicht leichtsinnig; aber

selbst an kleineren Orten

feiert die Arbeiterschaft den 1. Mai immer mehr durch Arbeitsruhe, so daß es ganz zwecklos wäre, wollten wir ihre Beseitigung beschließen. In der Vereinbarung muß die Bestimmung gestrichen werden, daß den Ausgesperrten erst von der 2. Woche an Unterstützung gewährt wird. Das können wir den Arbeitern, die ohnedies schwere Opfer bringen, nicht zumuten. Glaube ich wie Cohen, daß wir auch in einem Jahrzehnt noch keine große und würdige Maifeier haben werden, so würde ich sagen: Schaffen wir sie ab, wir haben Wichtigeres zu tun. (Heiterkeit.) Aber wir haben nicht immer Krisenzeit, und unsre großen Verbände dürfen nicht feige sein. Halten wir also fest an der Arbeitsruhe am 1. Mai! (Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

* * *

Päblow (Hamburg, Maurer): Der Wortlaut des Antrags Frankfurt ist ja ganz harmlos, so daß wir für ihn stimmen könnten. Er bezweckt ja nur die Nachprüfung der Vereinbarung durch Parteivorstand und Generalkommission. Aber wir müssen ja auch die Motive des Antrags berücksichtigen, und da möchte ich die Generalkommission dringend warnen, sich von den Motiven der Frankfurter leiten zu lassen. Wir sind ja alle Anhänger einer guten Zentralisation und

Anhänger einer wuchtigen Maifeiddemonstration,

aber so weit kann die Zentralisation nicht gehen, daß wir die Maiausgesperrten aus der Zentralkasse unterstützen. Der Maurerverband hat den Zweck der Förderung der Maifeier nicht in seinem Statut und wird ihn auch nicht aufnehmen. Er wird sich das aber auch nicht vom Gewerkschaftskongreß hineinschreiben lassen. Die Maifeierzentralisation würde an dem Widerstand der einzelnen Zentralverbände scheitern. So mußte man zur Reglung der Maifeier in lokalem Rahmen kommen. Daß dabei manches noch nicht Hanpt, bedauern wir. Ihnen es aber nicht ändern.

Von Kloth (Berlin) ist folgende Resolution eingegangen:

Der Gewerkschaftskongreß erkennt die zwischen Generalkommission und Parteivorstand getroffenen Vereinbarungen betreffs der Maifeier als den gegebenen Verhältnissen entsprechend an, vermag aber darin eine endgültige Reglung der Maifeier-Frage nicht zu erblicken.

Der Gewerkschaftskongreß ist vielmehr der Ansicht, daß Generalkommission und Parteivorstand zu weiteren Beratungen zusammentreten und zu prüfen haben, ob eine Durchführung der Arbeitsruhe und eine ausreichende Unterstützung der wegen der Maifeier Ausgesperrten und Gemaßregelten, unbeschadet der sonstigen Aufgaben der Partei und der Gewerkschaften, zu ermöglichen ist.

Je nach dem Ausfall dieser Beratungen sind den zuständigen Instanzen geeignete Vorschläge zu machen, welche dann über die Maifeier endgültig zu beschließen haben.

Brünn (Ludwigshafen, Fabrikarbeiter): Entscheiden über die Maifeier darf nur der, wer für den Beschluß nachher die Verantwortung trägt. Damit ist die finanzielle Gefahr der Maifeier beseitigt. Eine andre Reglung war unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu erreichen. Auf den Idealismus ist der Magen bekanntlich sehr schlecht zu sprechen. Die Aussperrung kann ja auch viele Tage dauern, da können wir die Arbeiter doch nicht hungern lassen. Bessere Vorschläge für die Gestaltung der Maifeier hat niemand gemacht, weil wir zu schwach sind, die Arbeitsruhe einheitlich in ganz Deutschland herbeizuführen. Hoffen wir, daß wir recht bald stark genug dazu werden. Jeder Ausbau unsrer Organisationen ist zugleich ein Beitrag zur besseren Lösung der Maifeierfrage.

Massatsch (Stuttgart, Metallarbeiter): Die Metallarbeiter haben sich bis auf zwei gegen den Frankfurter Antrag erklärt. Sie stehen grundsätzlich auf dem Boden der Vereinbarung, wünschen nur eine erneute Beratung der beiden Instanzen, um eine bessere Form für die Aufbringung der lokalen Mittel zu suchen. Zum großen Teile sind wir allerdings auf Grund unsrer Erfahrungen für eine Forcierung der Maifeier nicht zu haben. Das tun wir nicht aus Kassengeist, obwohl es uns auch nicht gleich sein kann, wenn wir Tausende zwecklos ausgeben, sondern weil durch die Maifeier unsre

Organisationen zerrüttet, vernichtet werden.

Ueber den „Kassengeist" hat ja erst jüngst Parvus eine Broschüre mit sehr viel Theorie, sehr viel Phantasie und sehr wenig Erfahrung geschrieben. Aber gerade der Klassenkampf wird gefährdet, wenn die tüchtigsten und tätigsten Gewerkschaftler alljährlich herausgeworfen werden. Seien wir also mit der Arbeitsruhe recht vorsichtig. Am besten freilich machen wir mit der Arbeitsruhe am 1. Mai ganz Schluß. (Beifall.)

Cohen (Berlin, Metallarbeiter): Ich stelle zunächst richtig, daß Dißmann nicht auf dem Standpunkt der übrigen Metallarbeiter steht. Man wirft uns vor, wir wahrten nicht den Klassenkampfcharakter. Aber gerade die alljährlichen Maikämpfe hindern uns, Kämpfe für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen. Wir wollen diesen Kampf nicht mit Phrasen, sondern in Wirklichkeit führen. Leber beurteilt die Verhältnisse genau so wie ich, aber er bringt es nicht fertig, daraus die logischen Konsequenzen zu ziehen. Ich will den Streit mit ihm auf unsern nächsten Verbandstag vertagen, aber ich sage ihm in aller Freundschaft: „Kauf Dir bis dahin für 5 Pf. Logik, damit Du nicht unter den Wagen kommst." (Große Heiterkeit.)

Rößler (Altenburg, Fabrikarbeiter): Nachdem die überwiegende Mehrzahl der deutschen Gewerkschaften sich überzeugt hat, daß wir die Macht nicht haben, die Maifeier einheitlich zu gestalten, ist das Festhalten an der Arbeitsruhe zwecklos. Haben wir also den Mut, sie offen aufzuheben. Die meisten Anträge hier wollen die Entscheidung noch weiter hinauszögern und die Unsicherheit verewigen. Einen bessern Vorschlag zur Reglung der Frage hat auch niemand gemacht. Lassen wir also die Arbeitsruhe ohne Scheu fallen.

Wiede (Hamburg): Der Parteivorstand und die Generalkommission haben sich über eine schwierige und strittige Frage geeinigt, und wir können dem nur zustimmen. Eine Erweiterung der Arbeitsruhe können wir nicht annehmen. Am liebsten möchten wir den gordischen Knoten durchhauen und das Hinderliche, Veraltete, Ueberlebte ganz beseitigen. Damit arbeiteten wir für das, wofür wir bisher am 1. Mai demonstrierten. Bei den Verhältnissen der

Großbetriebe mit ihrer besonderen Disziplin

ist die Taktik der eintägigen Revolutionen nicht mehr möglich. Was wir am 1. Mai fordern, haben wir zum Teil schon praktisch durchgeführt. Da wirkt unsre Demonstration als Provokation und gefährdet das Errungene. Das wird Zeit und Erfahrung auch die Rabiaten lehren. (Beifall und Widerspruch.)

Inzwischen ist folgende Resolution Körsten eingegangen:

Der 6. deutsche Gewerkschaftskongreß stimmt den Vereinbarungen von Parteivorstand und Generalkommission mit dem Ersuchen zu, noch einmal zu prüfen, ob es nicht möglich ist, eine andre örtliche Reglung der Unterstützungsfrage herbeizuführen.

Wittig (Frankfurt a. M., Brauereiarbeiter): Ich kann die Befürchtungen der großen Gewerkschaften nicht von der Hand weisen. Ich bin ein Anhänger der Maifeier, aber ich springe nicht mit beiden Füßen hinein. An der Vereinbarung hat mir nicht gefallen, daß man den örtlichen Instanzen, die alles Geld aufbringen, noch Vorschriften über die Unterstützungsart machen will. Vor allem aber möchte ich betonen, daß auf die Streikbewegung

die Maifeier vielfach günstig

eingewirkt hat. Deshalb stimme ich der Resolution Kloth zu.

Borhölzer (Stuttgart, Metallarbeiter): Die Generalkommission war bei den Verhandlungen in sehr schwieriger Lage: sie konnte weder Geld bewilligen noch für die Abschaffung der Maifeier plädieren. Da müssen wir ihr für das Resultat dankbar sein. Aber in der Sache selbst ist die Maifeier ohne Erfolg geblieben. Mancher hat leider nicht den Mut, der Katze die Schelle umzuhängen; ich aber sage, daß die Maifeier eine alljährlich mißlungene Demonstration ist. Eigentlich sollte nur gefeiert werden, wo keine Schädigung eintritt, dann wäre die ganze Unterstützungsfrage erledigt. Weg mit der überflüssig gewordenen schädlichen Demonstration durch Arbeitsruhe.

Dißmann (Frankfurt a. M.): Der Frankfurter Antrag will lediglich neue Verhandlungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand, um eine bessere Lösung zu finden. Die Frankfurter erwarten dabei vom Kongreß, daß er selber sagen wird, in welchem Sinne er Aenderungen wünscht. Die Reden über die arge Belastung der Zentralkassen durch die Maiunterstützung führen zu der Konsequenz, daß mit der Arbeitsruhe Schluß gemacht wird. Ich meine aber, daß man nicht gleichzeitig der Vereinbarung zustimmen und sagen kann: Weg mit der Arbeitsruhe. Ist die Mehrheit für Beseitigung der Arbeitsruhe, dann hat es wenig Wert, an der Maifeier weiter herumzudoktern. Wir sollten alles tun, um nicht erneut Streitfragen zwischen Gewerkschaften und Partei aufzurollen, anderseits muß in der Maifeierfrage, über die jedes Jahr diskutiert wird,

endlich Klärung erfolgen.

Die Unterstützung der Maiausgesperrten auch durch die Partei führt zu einer Doppelbesteuerung der meisten Parteigenossen. Es ist gesagt worden, die Arbeiter selber hätten die Lust an der Maifeier verloren. Wenn ein Teil sie wirklich verloren haben sollte, so wegen des jahrelangen Streites, so deshalb, weil der Standpunkt mancher Zentralverbände den Massen das Vermögen zur Durchführung der Maifeier genommen hat. (Widerspruch und Zustimmung.) Ich stehe, das erkläre ich Cohen, durchaus auf dem Boden des Frankfurter Antrags und seiner Motive und werde entsprechend meiner Ueberzeugung stimmen. (Beifall.)

Glocke (Berlin): Wohl die gesamte organisierte Arbeiterschaft hat die Vereinbarung mit Freuden begrüßt, da die Maifeierfrage seit Jahren Partei und Gewerkschaften beunruhigt und die Debatten darüber zu ihrer Ausdehnung wahrlich nicht beigetragen haben. Gegen die ziemlichen Uebertreibungen, die die Redner des Metallarbeiterverbandes heute begangen haben, will ich nicht polemisieren, sondern zur Sache nur bemerken, daß ich den Passus der Vereinbarung über die Unterstützung so verstanden habe, daß die Zentralverbände in bezug auf ihre Reglung autonom sind und eingreifen können, wenn die lokalen Organisationen nicht alles leisten können. Nach manchen Reden, die wir heute gehört haben, kann aber der Anschein entstehen, als hätten die Zentralvorstände den Passus: Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und der Gewerkschaften haben die Gemaßregelten nicht, besonders gewünscht, um die Maifeier nach und nach zu unterbinden. Ich möchte daher empfehlen, diesen Passus zu streichen, oder wenigstens diesen Wunsch der Generalkommission bei neuer Verhandlung mit dem Parteivorstand mit auf den Weg geben.

Hübsch (Berlin): Ich kann für die Gesamtdelegation der Textilarbeiter erklären, daß uns die Vereinbarung befriedigt. Verschiedene Streitpunkte sind damit beseitigt, und die Bestimmung, daß auch die Partei zu den Kosten beizutragen hat, wird ihr in vielen Fällen die nötige Vorsicht geben, die bisher die Gewerkschaften allein üben mußten. Die Generalkommission war redlich bemüht, einen gangbaren Weg in die Unterstützungsfrage zu finden. Das schließt aber nicht aus, daß nicht noch ein besserer gefunden werden kann, deshalb werden wir für die Resolution Kloth stimmen.

Kloth (Berlin) begründet seine Resolution, die er erweitert, indem er dem Satze: „Der Gewerkschaftskongreß ist der Ansicht, daß Generalkommission und Parteivorstand zu weiteren Beratungen zusammenzutreten und zu prüfen haben, ob eine Durchführung der Arbeitsruhe und eine ausreichende Unterstützung . . . unbeschadet der sonstigen Aufgaben der Partei und der Gewerkschaften zu ermöglichen ist — die Worte hinzufügt: oder nicht." Redner glaubt nicht, daß es möglich sein wird, die Arbeitsruhe weiter auszudehnen.

Entscheidend ist die Unterstützungsfrage.

Eine endgültige Reglung kann aber nur der nächste internationale Kongreß treffen. Der ungewisse Zustand kann nicht andauern. Redner steht auf dem Standpunkt, den der Frankfurter Arbeitersekretär Dittmann in der „Neuen Zeit" entwickelt hat: Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Legien: Ich hatte angenommen, daß es zu einer Diskussion der Frage Arbeitsruhe oder nicht? gar nicht kommen würde. Ja, ich sehe darin

geradezu einen Disziplinbruch

(Zustimmung.) In Köln haben wir einen Beschluß nicht gefaßt, als Beschluß galt vielmehr, was Bömelburg als Ergebnis der Debatte verkündete, wir halten den Amsterdamer Beschluß auf Arbeitsruhe hoch, wir wollen aber, daß vor dem nächsten internationalen Kongreß sich die maßgebenden Körperschaften über die Maifeier einigen, und daß dann auf den internationalen Kongreß die Frage nicht nebenbei, sondern gründlich besprochen werde. Nachdem sich dann die deutsche Delegation in Stuttgart geeinigt hatte, erschien eine Erörterung der Maifrage auf dem internationalen Kongreß selber nicht notwendig. Angesichts dieser Tatsachen erscheinen mir die Ausführungen, gegen die Arbeitsruhe, wie wir sie hier gehört haben, geradezu als ein Mißtrauensvotum gegen die deutsche Delegation. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir sind jetzt gebunden,

wir und das internationale Proletariat. Beschließen sie meinetwegen, daß vor dem nächsten internationalen Kongreß noch ein deutscher Gewerkschaftskongreß wegen der Maifeierfrage einberufen wird aber jetzt können wir nichts ändern.

Nun zu der Vereinbarung. Es wird vielfach so dargestellt, als bringe sie eine Aenderung der heutigen Zustände. Das ist nicht der Fall. Nur geregelt sind sie, und damit verbessert. Die Unterstützung der Ausgesperrten aus den Zentralkassen wird jetzt nur ganz vereinzelt gewährt und ihre Gewährung ist an bestimmte Kautelen geknüpft. Die Vereinbarung sagt nun mit keinem Worte, daß diese Unterstützung aus den Zentralkassen aufzuhören habe, nur ein Anspruch darauf wird nicht gewährt. Die Redewendung ist mit voller Absichtlichkeit gewählt, um die Einrichtung dort, wo Zentralverbände sie haben, nicht zu durchbrechen. Die Vereinbarung verbietet auch durchaus nicht, die Unterstützung schon vor der zweiten Woche zu gewähren. Wer soll denn eigentlich beschließen, daß aus den Zentralkassen Unterstützungen zu gewähren sind. Der Gewerkschaftskongreß kann es nicht, die Generalkommission auch nicht. Das können nur die einzelnen Zentralverbände. Sorgen Sie doch in Ihren Organisationen dafür, daß es geschieht. (Heiterkeit.) Das beste wäre, die Anträge würden zurückgezogen, die nochmalige Verhandlungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand wünschen.

Es ist Zeit, daß Ruhe eintritt.

Lassen Sie uns doch erst einmal versuchen, auf Grund dieser Vereinbarung zu arbeiten, damit endlich einmal ein fester Boden für die Maifeier gefunden wird. (Beifall.)

Ein Schlußantrag, der vierte, wird angenommen. Zunächst wird die Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteivorstand vom Kongreß mit allen gegen 22 Stimmen gutgeheißen.

Dann wird die Frage, ob die Generalkommission bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß mit dem Parteivorstand noch einmal verhandeln soll, auch über eine anderweitige Reglung der Unterstützungsfrage, mit 178 gegen 101 Stimmen bejaht.

Alle gestellten Anträge werden ihr als Material überwiesen.

Der Antrag Fürth auf Beseitigung der Arbeitsruhe wird, weil es nicht zur Kompetenz des Kongresses gehört, diese Frage grundsätzlich zu entscheiden, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. —

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Zentralarbeitersekretariats.

Ihn erstattet Robert Schmidt (Berlin): Das Zentralarbeitersekretariat ist in einem ständigen Aufschwung begriffen, es hat das volle Vertrauen der ratsuchenden Arbeiter und der Gewerkschaftskartelle. Auch die Arbeitersekretariate entwickeln sich immer erfreulicher. Eine dringende Aufgabe für diese wertvolle Schöpfung der Arbeiterschaft ist die bessere Ausbildung der Arbeitersekretäre durch besondere Fachlehrer. Schwierigkeiten wird da auf den kleineren Sekretariaten die Stellvertretung und die Befreiung vom Dienste machen, aber diese Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Die preußische Regierung, die ja sonst für praktische Sozialpolitik nichts übrig hat, hat auf Anregung des Abgeordneten- und Herrenhauses Subventionen für städtische Rechtsauskunftsstellen geschaffen. Uns lassen diese Konkurrenzinstitute sehr kalt; denn

wir haben das Vertrauen

der Arbeiter. Die Arbeitersekretariate gewinnen durch ihre Tätigkeit wichtiges sozialpolitisches Material. Dieses Material einheitlich zu verarbeiten, ist eine weitere dringende Aufgabe. — Seit langem steht die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung auf der Tagesordnung. Unsrer Ueberzeugung nach kann sie nur segensreich wirken, wenn man sich zu der Entschiedenheit aufschwingt, die Zersplitterung von Grund auf zu beseitigen und eine einheitliche Organisation der Versicherungen einschließlich der

Witwen- und Waisenversicherung

unter maßgebendem Einfluß der Arbeiter herbeizuführen. In dieser Beziehung haben uns die Vorschläge des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg völlig enttäuscht. An der Zuziehung der Arbeiter zur Unfallversicherung liegt uns nichts. Sie bleiben ein wertloses Dekorationsstück wie in der Invalidenversicherung. Eine Reihe dieser Reformvorschläge bedeutet sogar eine schwere Schädigung erworbener Rechte der Arbeiter. Der Zugang zum Reichsversicherungsamt soll erschwert werden, um seiner Ueberlastung zu begegnen. Bei dem summarischen formularmäßigen Verfahren der Schiedsgerichte legen wir den größten Wert darauf, daß den Arbeitern die zweite Instanz offen bleibt. Im übrigen verlangen wir bei Unfall- und Invaliditätssachen die Zuziehung der Arbeiter zu den Rentenfestsetzungs-Kommissionen. Sehr bedenklich ist die abhängige Stellung der Aerzte bei den Berufsgenossenschaften. Viel Unheil stiften sie durch die Simulationsriecherei, die sich nachträglich oft als ganz grundlos erweist. Ich möchte von dieser Stelle aus an die Aerzte die Mahnung richten, mit größter Vorsicht und Objektivität zu verfahren. Sehr großen Wert legen wir auf eine Erweiterung des Begriffs Betriebsunfall. Schwere Berufskrankheiten suchen die Arbeiter in der chemischen Industrie, im Bergbau und besonders in den Zinkhütten heim. Die Zinkhütten bilden vielfach ein Bild der Verwüstung und des Jammers, sind wahre Höllen für die Arbeiter. Aber diese armen

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 146. Magdeburg, Donnerstag den 25. Juni 1908. 19. Jahrgang.

Vatermord.

(Nachdruck verboten.)

Im weitern Verlauf der Zeugenvernehmung erklärte Oberförster Wallmann auf Befragen des Vorsitzenden die Behauptung des Angeklagten, daß sein Vater möglicherweise für ein Reh gehalten worden sei und fahrlässig von einem Wilderer erschossen worden sei, für nicht glaubwürdig; er selbst hätte auch bei noch schlechterer Witterung bestimmt einen Menschen erkannt.

Die beiden Arbeiter Volter und Buscher, die zuerst die Leiche des erschossenen Schwarzenstein bemerkt haben, erklären, der Angeklagte sei gar nicht sehr bestürzt gewesen, als er die Leiche seines Vaters sah, sondern habe nur gesagt: Wenn ich den grünen Rock tragen werde,

dann heißt es: „Rache!"

Der Gastwirt Schönemann in Rahnsdorf, bei dem Schwarzenstein vor seiner Ermordung mit drei Herren Skat gespielt hat, erklärt ebenso wie die damaligen Partner der Partie, die Schüsse seien ganz schnell hintereinander gefallen. Die Zeugen bekunden ferner übereinstimmend, daß der Förster Schwarzenstein keine Feinde hatte. Sodann wird der

Fürsorgezögling Ernst Mehlisch

vernommen, der früher als Knecht bei dem Förster bedienstet war. Er bekundet, daß er am Abend des Mordes im Keller des Hauses sich zur Ruhe begeben habe, nachdem er die Haustür zugeschlossen, den Schlüssel zweimal herumgedreht und auf ein kleines Fenster gelegt hatte. Am andern Morgen, als der Leichnam des Försters Schwarzenstein gefunden worden war, steckte der Schlüssel in der Haustür und die Haustür stand offen. Es mußte also jemand die Haustür von innen schon geöffnet haben. Der Angeklagte konnte trotz des Lärmes nur schwer geweckt werden. Der Präsident hält ihm vor, daß er bei seiner zweiten Vernehmung erklärt habe, er könne sich doch geirrt haben, denn möglicherweise sei das, was er auf den 23. verlegte, an einem andern Abend geschehen. Darauf erklärt der Zeuge: Willi Schwarzenstein ist zu mir in den Keller gekommen und sagte: „Hör mal, Ernst, Du hast gestern ausgesagt, Du habest die Tür zugeschlossen und am Morgen sei sie offen gewesen. Wenn jemand noch einmal nach der Haustür fragt, dann sage nur, Du kannst Dich geirrt haben und hast vielleicht nicht zugeschlossen."

Der Angeklagte und sein Rechtsanwalt wenden sich entschieden gegen diese Behauptung des Zeugen, trotzdem bleibt Mehlisch bei seiner Aussage. Die Sachverständigen im Schießfach erklären übereinstimmend, daß aus dem Gewehr des Angeklagten

in letzter Zeit vor der Tat

geschossen worden sei. — Oberförster Wallmann hat in dem Gewehr ganz frischen Pulverschleim gefunden. Außerdem hat er durch den Geruch festgestellt, daß erst ganz frisch aus dem Gewehr geschossen sein mußte.

Zu dem Lokaltermin versammelten sich sämtliche Beteiligten zunächst in dem Restaurant in Rahnsdorf, wo der ermordete Förster an seinem letzten Abend Skat gespielt hatte. Von dort ging die Gerichtskommission zum Tatorte, wobei der Staatsanwalt und ein Kriminalkommissar den Geschwornen die notwendigen Erläuterungen gaben. Der Angeklagte, an den verschiedene Fragen gerichtet wurden, blieb dabei, daß er von nichts wisse und daß er insbesondere nicht die Person sei, die hinter einem Holunderbusch gesehen wurde. Dann wurde das Forsthaus in allen seinen Teilen genau besichtigt. Der Angeklagte mußte genaue Erklärungen abgeben, wo sich am Tage nach der Tat seine Flinte befunden hatte.

Es wurden vier Zeugen vernommen, die abweichende Bekundungen machten. Der Angeklagte geriet darüber sichtlich in Erregung. Im Schlafzimmer des Angeklagten untersuchte der Vorsitzende, ob sich die Tür geräuschlos öffnen und schließen lasse, was tatsächlich der Fall ist. Der Angeklagte beantragte schließlich die Ladung zweier neuer Zeugen, was der Vorsitzende bereitwillig zugestand.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen im Gerichtsgebäude fordert der Vorsitzende den Angeklagten nochmals auf, über das Verbleiben des Gewehrs am Tage nach der Tat Auskunft zu geben.

Der Angeklagte verwickelt sich in Widersprüche.

Invalide Steinkopf bekundet, daß in der Familie Schwarzenstein bisweilen Ehezwistigkeiten vorkamen. Der Förster sei mit den häufigen Fahrten seiner Frau nach Berlin nicht einverstanden gewesen. Einmal sagte er: Du fährst wohl nach der Friedrichstraße? (Hitt.) — Vors.: Ist Ihnen bekannt, daß der Angeklagte gesagt haben soll, er werde seinem Vater noch einmal blaue Bohnen zu kosten geben? (Bewegung.) — Zeuge: Der Arbeiter Röte teilte mir mit, daß der junge Schwarzenstein das gesagt haben soll. — Weitere Zeugenaussagen ergeben, daß Arbeiter Röte als Trunkenbold bekannt war. Sein Aufenthalt ist nicht zu ermitteln. — Mehrere Zeugen bestätigen, dem Angeklagten hin und wieder erhebliche Summen geliehen haben, erklären aber übereinstimmend, nie die Absicht gehabt zu haben, ihn wegen der Rückgabe irgendwie zu drängen. Alle diese Zeugen erklären mit Nachdruck, daß sie den Angeklagten durchaus

unfähig des schweren Verbrechens

des Vatermordes halten. Von Ehe- und sonstigen Familienzwistigkeiten sei bei Schwarzensteins keine Rede gewesen. Allerdings war der alte Schwarzenstein recht barsch und auch recht streng, aber anderseits wieder seelengut. — Ziemlich lange Zeit nimmt die Vernehmung des Plättereibesitzers Otto (Berlin) in Anspruch. Zeuge betont sehr nachdrücklich seinen Glauben an die Unschuld des Angeklagten. Der Knecht Mehlisch sei ein vollendeter Spitzbube, welcher täglich Prügel verdient habe. — Staatsanw.: Nun, wir sind doch schließlich nicht in Rußland. Prügeln Sie denn täglich Ihre Leute? (Hitt.) — Zeuge: Das ist bei mir nicht nötig. Der Zeuge erklärt, daß in seiner Gegenwart Willi Schwarzenstein nie vom Vater geprügelt wurde. Es folgt eine Reihe Aussagen über das Familienleben bei Schwarzensteins.

Ella Schwarzenstein, die 14jährige Schwester des Angeklagten, betritt hierauf heftig weinend in schwarzer Trauerkleidung den Saal. Der Vorsitzende macht sie darauf aufmerksam, daß sie ihre Aussage verweigern dürfe. Sie erklärt sich aber zur Aussage bereit und bekundet, daß sie ihren Bruder für unschuldig halte.

Die Mutter des Angeklagten

ist eine schmächtige, kleine Frau. Sie betritt den Saal in tiefer Trauerkleidung. — Vors.: Frau Schwarzenstein, Sie haben Ihren Mann verloren und sehen Ihren Sohn auf der Anklagebank, des allerschwersten Verbrechens beschuldigt. Da kann man verstehen, daß Sie Ihre Aussage zugunsten Ihres Sohnes machen. Sie haben das Recht, Ihre Aussage zu verweigern. Wenn Sie aber aussagen, müssen Sie der Wahrheit die Ehre geben. — Zeugin (weinend aber mit fester Stimme): Ich werde nur die Wahrheit sagen. — Vors.: Sie sollen ein sehr unglückliches Familienleben geführt haben? — Zeugin: Es ist nicht so. — Vors.: Der Angeklagte soll Ihr Lieblingssohn sei. — Zeugin: Mir sind alle Kinder gleich. Die Zeugin erzählt ihre Fahrt nach Neu-Zittau und die Rückkehr nach Berlin in Uebereinstimmung mit ihrem Sohne. Sie erklärt, an dem fraglichen Abend gehört zu haben, wie Willi sich mit der Brotmaschine eine Stulle schnitt. Diese Aussage deckt sich mit der von Ella Schwarzenstein, dagegen nicht mit der bei dieser Gelegenheit nochmals vernommenen Erna Schmidt. — Vors.: Wie haben Sie in jener Nacht geschlafen? — Zeugin: Gut. — Vors.: Das steht im Widerspruch mit den Angaben, die Sie andern Zeugen gegenüber gemacht haben sollen. — Zeugin erklärt darauf, um ¼11 Uhr noch einmal hinuntergegangen und vor der Tur nachgesehen zu haben, ob ihr Mann schon zurückgekehrt sei. — Vors.: Frau, Frau, bedenken Sie wohl Ihre Worte. Hier sind alle Umstände außerordentlich wichtig, Sie bringen hier eine Aussage vor, die sich im Protokoll nicht befindet und die Sie bisher bei keiner Gelegenheit gemacht haben. Sie haben früher nie erklärt, noch so spät herausgegangen zu sein.

Die Zeugin bleibt mit voller Entschiedenheit dabei, etwas nach 10 Uhr noch einmal hinuntergegangen zu sein und die Tür offen gelassen zu haben. (Große andauernde Bewegung.) — Es entspinnt sich eine zum Teil heftige Auseinandersetzung hierüber zwischen dem Vorsitzenden, dem Untersuchungsrichter, dem Verteidiger und der Zeugin. Die Zeugin bleibt bei ihrer Aussage. Es wird aber festgestellt, daß ein Widerspruch zwischen ihrer jetzigen Aussage und dem Protokoll bestehe. — Forsteleve Karl Schwarzenstein, der Bruder des Angeklagten, erklärt, er halte seinen Bruder für unschuldig. Wenn ich geglaubt hätte, daß mein Bruder es getan hat, würde ich ihm selbst die Patrone in die Hand gedrückt haben, damit er sich erschieße. (Große Bewegung.) — Der zweite Bruder des Angeklagten, Matrose Schwarzenstein, hält gleichfalls den Bruder für unfähig zur Tat. — Weitere Verhandlung morgen. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 23. Juni 1908.

Intellektuelle Urkundenfälschung. Der Schuhmacher Joseph Hrymiak aus Lemberg, geboren 1862, legte sich am 20. April 1905 in einer Strafsache gegen ihn wegen Diebstahls einen falschen Namen bei und veranlaßte dadurch unrichtige Eintragungen in die Register. Der Angeklagte erhielt wegen intellektueller Urkundenfälschung 2 Wochen Gefängnis. —

Diebstahl. Der vorbestrafte Arbeiter Fritz Schmoock von hier, geboren 1879, stieg in der Nacht zum 25. April d. J. in die Wohnung des Händlers Ziwinski und stahl bar 6 Mark, einen Gummistempel und verschiedene Genußmittel. Die Kammer erkannte wegen schweren Rückfalldiebstahls auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. —

Der Versuchung erlegen. Der Barbierlehrling Paul Kranich zu Kalbe a. S., geboren 1891, legte am 15. Mai d. J. auf dem Boden des Wohnhauses Querstraße 10 Feuer an, weil am Tage zuvor, als ein Nachbargrundstück abgebrannt war, Leute geäußert hatten: wenn doch nur das Eckhaus mit abgebrannt wäre, dann gäbe es doch später eine schöne Straße, geschädigt werde ja niemand, die Versicherung müsse alles bezahlen. Das Feuer wurde noch rechtzeitig entdeckt und gelöscht, so daß der verursachte Schaden nur 145 Mark betrug. Der Angeklagte wurde wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. —

Rückfalldiebstahl. Die Arbeiter Walter Scarl zu Frohse, geboren 1887, und Franz Karge zu Felgeleben, geboren 1870, beide vorbestraft, öffneten am 8. März d. J. auf dem Bahnhof zu Schönebeck angeblich einen zugebundenen Sack, der verladen werden sollte und stahlen daraus Gerste, die sie in einen mitgebrachten Beutel taten. Die Kammer stellte auf Grund der Verhandlung nur die Schuld des Karge fest und verurteilte ihn wegen einfachen Rückfalldiebstahls zu 8 Monaten Gefängnis. Scarl wurde freigesprochen. —

Eine Warenhausdiebin. Die Witwe Jeanette Tröster geb. van Hove von hier, geboren 1876, stahl am 22. April d. J. im Lewinschen Warenhause einen Rest Seide im Werte von 9,25 Mark, der ihr wieder abgenommen wurde. Da Rückfalldiebstahl vorliegt, lautete das Urteil auf 8 Monate Gefängnis. —

Schwurgericht Halberstadt.

Sitzung vom 23. Juni 1908.

Unter großem Andrang des Publikums begann am Dienstag die voraussichtlich drei Tage in Anspruch nehmende Verhandlung gegen den Dreschmaschinenbesitzer und Kuxenhändler Friedrich Böttcher aus Groß-Quenstedt, der sich seit 1½ Jahren in Untersuchungshaft befindet. Die Anklage behauptet, daß Böttcher in den Jahren 1906 und 1907 als Schuldner, über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wurde, in der Absicht das Vermögen andrer zu schädigen, Vermögensstücke in der Höhe von 51 000 Mark beiseitegeschafft haben. Außerdem wird ihm zur Last gelegt, Bücher nicht ordnungsmäßig geführt zu haben. Der Angeklagte, von Beruf Zimmermann, ist in Sargstedt geboren und besaß ein Vermögen von 1200 Mark. Seine Frau brachte noch 5—6000 Mark mit in die Ehe. Eine ganze Zeitlang war er noch als Zimmermann tätig, dann schaffte er sich teils auf Kredit Dreschmaschinen an. Sein Geschäft ging glänzend, so daß er weiter Maschinen ankaufen mußte. Neben diesem Beruf betrieb er dann noch die verschiedensten Vermittlungsgeschäfte, so unter andern auch zahlreiche Heiratsvermittlungen. Durch diese Tätigkeit kam er mit der Kohlenfirma Söchting und dem Bankhaus Krüger in Verbindung, für welches er zirka 200 Kuxe der Bohrgesellschaft Dettmar gegen Provision verkaufte. Wegen dieser Sache hat damals gegen ihn bereits ein Strafverfahren wegen Betrugs geschwebt, das aber eingestellt wurde. Er kam nun immer mehr mit Bankiers in Verbindung, so u. a. mit Vogler u. Sauer, für welche er ebenfalls Anteile und Kuxe zum Verkauf übernahm. Von [illegible] (Halberstadt) wurde ihm im selben Jahre ein größerer Kredit gewährt. Jetzt erst fing sein Geschäft richtig an zu florieren. Er erwarb zunächst das Gut Reubel, wozu Kux das Geld hergab. Gewinn und Verlust sollte zu beiden Teilen getragen werden. Bei dem Verkauf wurden 16 000 Mark Reingewinn erzielt. Ferner kaufte er das Gut Zilly und bewirtschaftete es eine Zeitlang. Trotzdem das Geschäft gemeinschaftlich betrieben werden sollte, legte der Angeklagte keine Rechnungen vor, vereinnahmte auch den gesamten Ernteertrag. Beim Verkauf dieses Gutes soll kein Gewinn erzielt worden sein. Gemeinsam mit dem Güteragenten Hahne in Dichersleben kaufte dann später Böttcher das Gut Werben an der Elbe mit Ziegelei. Auch hier gab Kux das Geld und es wurde abgemacht, daß das Gut parzelliert werden solle, wofür eine Provision von 12 000 Mark für alle drei Beteiligte gezahlt werden solle. Dies gelang auch fast, bis auf die Ziegelei, die dann zur Zwangsversteigerung kam, wobei zirka 70—75 000 Mark erlöst wurden. Durch Manipulationen wurde Böttcher als Eigentümer der

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Der Diebstahl in der Münze.

Von Jens J. Kielland.

(1. Fortsetzung.)

Der alte Lord hatte mit immer größerer Erregung gesprochen. Mit rotem Kopfe sah er jetzt Hansen eine halbe Minute unverwandt an, ehe er fortfuhr:

„Es ist hier nicht die Rede von einem Diebstahl im gewöhnlichen Sinne. Vielmehr handelt es sich um eine Reihe von Unregelmäßigkeiten, die sich Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat seit zwei und einem halben Jahr wiederholen! Ja, Sie sehen erstaunt aus! — aber wenn ich Ihnen die Sache erklärt habe, werden Sie verstehen, wie diese Unregelmäßigkeiten so lange Zeit vor sich gehen konnten, ohne außerhalb der dicken Mauern der Münze Aufmerksamkeit zu erregen, und zugleich den Grund einsehen, warum wir uns zur Aufklärung des Mysteriums nicht der Mittel bedienen konnten, die uns in ähnlichen Fällen hier in London zu Gebote stehen.

Denn es ist, wenn ich so sagen darf, ein Mysterium in des Wortes ureigenster Bedeutung.

Vom ersten Tage an hat man um den Diebstahl gewußt — notwendigerweise, wie Sie gleich sehen werden. Aber jedem Versuch, die Hilfe der Polizei oder der Kriminaldetektiv-Institute heranzuziehen, haben sich bis zum heutigen Tag eine Reihe unüberwindlicher Schwierigkeiten entgegengestellt.

Ich schlage Ihnen nun vor, Herr Ingenieur, daß Sie in meine privaten Dienste treten, um den Versuch zu machen, diesen Diebstählen auf die Spur zu kommen. Was sagen Sie dazu?"

„Ich nehme den Vorschlag an."

„Sie werden vorläufig für ein Jahr von heute an engagiert — ich bereite Sie darauf vor, daß es Zeit kosten wird — bei einer monatlichen Gage von fünfzig Pfund Sterling, die Ihnen am Ersten jedes Monats ausgezahlt werden wird.

Es ist indessen höchst wahrscheinlich, daß Sie bei Ihrer Arbeit Geld brauchen werden, möglicherweise sogar viel Geld; und um es ein für allemal zu sagen: Geldmangel spielen absolut keine Rolle. Für alle Fälle haben Sie hier ein Sackbuch über ein ganzes [illegible] Pfund, von dem Sie nach Bedarf Gebrauch machen können. Am Schlusse des Jahres — oder so Gott will eher — legen Sie mir eine Abrechnung über die verbrauchte Summe vor, andernfalls können Sie versichert sein, daß jede Forderung von Ihrer Seite durch die etwas eigentümliche Bank, mit der ich Sie in Verbindung gesetzt habe, honoriert werden wird."

Hansen las zu seiner Verwunderung: Zahlbar durch den Pförtner Market Street 48.

„An denselben Mann müssen Sie auch Ihre Rapporte adressieren — ich würde Wert auf eine möglichst fortlaufende Reihe von Rapporten legen, obgleich ich in dieser Hinsicht keine Forderungen an Sie stellen will. Ihre Arbeit wird gewiß in gleicher Weise Ihre Fähigkeiten, wie Ihre Zeit in Anspruch nehmen. Und beachten Sie noch eins: Von dem Augenblick an, wo Sie dieses Haus verlassen, kenne ich Sie nicht und Sie mich nicht. Was auch geschehen mag, ziehen Sie meinen Namen nicht mit hinein. Unter keinen Umständen dürfen Sie hierherkommen, ehe Sie gerufen werden. Ihre Rapporte sollen die einzige Verbindung sein, und die Briefe richten Sie an die genannte Adresse und werfen Sie in einen beliebigen Briefkasten — aber vermeiden Sie auch darin Namen zu nennen.

Sie werden als Beamter in einer der Abteilungen der Münze angestellt werden. Was Sie dort ausrichten, hängt von Ihnen ab. Die erste Bedingung, wenn Sie zum Ziele gelangen wollen, ist, daß Sie von Anfang an alles vermeiden, was Ihren Kameraden Ihre wahre Mission verraten könnte; denn ich kann Ihnen sagen, man ist auf der Hut dort.

Ach, wenn Sie wüßten, wieviel Unglück, wieviel Sorge und Kummer die armen redlichen Menschen durchlebt haben! Wenn Sie wüßten, wie diese Schar von Musterarbeitern unter einem Drucke geseufzt hat — einem Alpdruck, für den niemand eine Erklärung hatte, und der, wie alle wußten, Tag für Tag während der Arbeit auf ihnen lastete und ihnen ihr häusliches Leben und ihre Erholungszeit verbitterte.

Nun ja, weder tatsächlich noch formell habe ich eine Verantwortung, und es geschah buchstäblich in der Verzweiflung, daß gewisse Leute sich an mich gewandt haben. Wir wollen nun, Sie und ich, den Versuch machen, das Rätsel zu lösen. Sprechen Sie Französisch?"

„Ja."

„Gut oder schlecht?"

„Mittelmäßig, denke ich, wird am besten stimmen."

„Könnten Sie für einen zurückgekehrten Kanadier gelten?"

„Ich denke schon."

„Das paßt ausgezeichnet. Ihr ausländischer Akzent ist auf diese Weise erklärt. Wählen Sie irgendeinen passenden Namen, und beginnen Sie mit Ihrer Arbeit, sobald Sie sich mit den Dokumenten, die Sie in dieser Mappe finden, bekannt gemacht haben. Alles Wünschenswerte, was Sie in Ihrer neuen Stellung wissen müssen, ist darin enthalten. Sie werden offiziell als Assistent des Wagemeisters bei der fünften Abteilung angestellt werden. Wie wollen Sie heißen?"

„Lacour — zum Beispiel."

„Hier ist Ihre Bestallung," sagte der Minister, nachdem er ein vor ihm liegendes Dokument ausgefüllt hatte — „nehmen Sie sich ein oder zwei Tage Zeit, um diese Dinge zu studieren, und melden Sie sich dann beim Obermünzmeister — je eher, je besser."

„Haben Euer Herrlichkeit bedacht, daß meine außergewöhnliche Stellung auch einmal zu einer Gefahr werden kann, die den Erfolg in dieser wichtigen Sache beeinträchtigt," fragte Hansen nach kurzer Ueberlegung. „Ich erwähne das nicht aus persönlichen Gründen; aber soweit ich es beurteilen kann, werden vielleicht mehr Mittel und Wege in Anwendung kommen müssen, als wir in diesem Augenblick übersehen können. Es ist dann nicht unwahrscheinlich, daß ich in diesem oder jenem Stadium meines Werkes Ge-

Ziegelei eingetragen, später vertauschte er diese mit einem Hotel und einem Speditionsgeschäft in Egeln, welche nach kurzer Zeit subhastiert wurden, wodurch Böttchers letzte Hypotheken ausfielen. Das Gut und die Ziegelei waren jedoch vorher von Kux dem Angeklagten im Betrag von 60 000 Mark auf Konto geschrieben. Infolge unwirtschaftlicher Verhältnisse der Ziegelei wurde das Konto abermals um 61 000 Mark erhöht, so daß das gesamte Konto des B. bei Kux zirka 134 200 Mark betrug. Auf ähnliche Weise wurde das Gut Schartau für 105 000 Mark erstanden. Nachdem dieses eine Zeitlang von B. bewirtschaftet war, wurde es mit einem Fleischergeschäft in Thale vertauscht. Infolge von Differenzen brach der Angeklagte dann die Verbindung mit Kux ab und ging zur Magdeburger Privatbank über, welche anstandslos das Konto bei Kux von 300 000 Mark beglich. Gelegentlich einer Versammlung der Gewerkschaft Hohenzollern, in welcher B. 57 Kuxe zu vertreten hatte, machte er die Bekanntschaft des Bankiers Emil Sauer, der ihm auf seine Maschinen 16 000 Mark lieh. Böttcher wurde die Benutzung der Maschinen gegen 500 Mark jährlichen Mietzins freigestellt. Im Jahre 1905 erhielt B. von Sauer 81 Rothenberger Kuxe zum Verkauf. Er verpflichtete sich beim Verkauf, daß, falls die Kuxe fallen sollten, er diese zum Verkaufspreis wieder annehmen wollte. Infolge dieser verunglückten Spekulationen und Subhastationen der Grundstücke war die Finanzlage des Angeklagten derartig schlecht, daß die Firma Kux, mit der er inzwischen wieder in Verbindung getreten war, ein Darlehen von 1000 Mark ablehnte. In der Nacht vom 5. zum 6. Mai 1906 wurde durch Feuer das Grundstück Böttchers eingeäschert. Infolge einer Untersuchung wegen Brandstiftung wurde bereits eine Unterbilanz von 51 000 Mark festgestellt. Um sich von dem Verdacht zu befreien, mußte er sich nun als vermögender Mann ausgeben. Der beauftragte Bücherrevisor Hintze stellte dann später ein Vermögen von 492 000 Mark auf, dadurch, weil in den Büchern die Grundstücke mit vollem Werte bezeichnet und auch die Kuxe als sein Eigentum hingestellt wurden. Es gelang ihm nun, bei Kux Sicherheiten in der Höhe von 76 000 Mark abzüglich von 20 000 Mark, welche zur Verstärkung seines Kontos verwandt wurden, zu hinterlegen. Er hob nun am 28. Februar 1906 unter dem Vorwand, eine Zementfabrik zu kaufen, 51 000 Mark bei Kux ab. Der Angeklagte, der bereits eingesehen hatte, daß ein Zusammenbruch erfolgen würde, machte sich nun mit der Ehefrau des Droschkenkutschers Fuhrmeister aus dem Staube. Sie fuhren zunächst nach der Schweiz, von dort über Antwerpen nach Amerika. Er gibt als Grund der Amerikareise an, er habe Nähmaschinen in Chikago kaufen wollen. Vorher hatte er seiner Schwester in Magdeburg eine Spareinlage von 7000 Mark zur Aufbewahrung und dem Ehemann Fuhrmeister, der von dem Verhältnis seiner Frau wußte, auch einige Summen gegeben. Beide kehrten nach Bremen zurück, wo sie der Ehemann F. erwartete, der ihm bedeutete, daß über sein Vermögen das Konkursverfahren eröffnet sei und seine Frau sich von ihm scheiden lassen wolle, da sie von dem ganzen Manöver nichts wußte. Er gab dann den Eheleuten F. 1000 Mark, worauf diese nach Halberstadt zurückfuhren, während Böttcher nach Genf flüchtete. Dort versuchte er durch Spielen sich in den Besitz von Geld zu setzen. Auch schickte er seinem Sohne, der als Einjähriger hier diente, 1000 Mark, welche jedoch angehalten wurden. Bei seiner Verhaftung wurden noch 25—26 000 Mark vorgefunden. Er verneint die Frage, daß er zur Zeit, als er die 51 000 Mark erhob, bereits wußte, daß daß er überschuldet war. Hiernach folgen die Zeugenaussagen, welche auf Mittwoch vertagt werden. —

Vermischte Nachrichten.

* **Das Rätsel des Geschlechts.** Ueber die Verteilung der Geschlechter auf der Erde hat van Lint auf Grund statistischer Erwägungen eine neue Theorie aufgestellt, worüber die „Politisch-Anthropologische Revue" berichtet. Danach soll sich das Geschlecht des Kindes nach dem schwächeren der beiden Eltern richten. Den tieferen Sinn dieses Naturgesetzes erblickt van Lint in dem auf Erhaltung der Art gerichteten Streben der Natur: der schwächere Ehegatte erhält einen Nachfolger, damit sein mehr gefährdetes Geschlecht nicht verschwindet und so das notwendige Gleichgewicht in der Fortpflanzung der Rasse bewahrt bleibt. Die auf der ganzen Erde beobachtete Tatsache, daß auf 100 Knaben immer 105 oder 106 Mädchen geboren werden, gilt nur nicht für die Zeit nach einem Kriege; nach dem Kriege 1871 und während der langen Kriege Napoleons hat man in Frankreich festgestellt, daß die Geburtenziffer bei den Knaben größer war. Van Lint erklärte dies so, daß bei einem Krieg alle starken jungen Männer ins Feld ziehen und nur noch schwächliche oder ältere Männer zurückbleiben, die nach seiner Theorie zum großen Teile Knaben erzeugen. Ferner hat man beobachtet, daß Ehen zwischen einem alten Mann und einer jungen Frau häufig nur mit Knaben und jedenfalls mehr mit Knaben als mit Mädchen gesegnet sind. Nach einer Statistik von Sadler kommen auf 1000 Mädchen 865 Knaben, wenn der Vater jünger ist als die Mutter, 948 Knaben, wenn sie gleichaltrig sind, 1037 Knaben, wenn der Vater 1 bis 6 Jahre, 1267, wenn er 6 bis 11 Jahre, 1474, wenn er 11 bis 16 Jahre, 1632, wenn er 16 und mehr Jahre älter ist als die Mutter. Ist der Mann mehr als 18 Jahre älter als die Frau, so sollen sogar auf 100 Mädchen 200 Knaben kommen. —

* **Stachel- und Johannisbeeren.** Weder Römer noch Griechen kannten diese beiden Kulturpflanzen. Sie kamen erst im 16. Jahrhundert in Kultur. Die Stachelbeere war schon im 12. Jahrhundert in einzelnen Gärten, wurde aber erst im 15. Jahrhundert allgemein. In dieser Zeit wurde die Johannisbeere als Medizin gebraucht. Beide sind aus dem Norden Europas allmählich nach Süden vorgerückt, ohne Zweifel von Skandinavien aus. Der Johannisbaum wächst wild in Skandinavien, im nördlichen Rußland, in Sibirien, im Kaukasus und in Kleinasien. —

* **Die Hockergräber.** Unter den Arten der Bestattung oder Beerdigung, die sich in Amerika, Afrika, Asien, Australien und Ozeanien und im vorgeschichtlichen Europa finden, hat wohl kaum eine so lebhaft die Forschung beschäftigt wie die Hockerbestattung, die den langgestreckten Toten in eine Stellung mit aufgezogenen Knien zwingt. Eigentümliche Vermutungen wurden aufgestellt: auf der einen Seite wurde Raumersparnis als Grund für die Bestattungsart angenommen, auf der andern glaubte man, der hockende Tote solle die Lage des Embryo im Mutterleib nachahmen und so der Wiedergeburt entgegenharren. Beide Anschauungen entsprangen mehr der Phantasie als der Forschung, die noch vor allem bei den Völkern, die noch heute diese Beerdigungsart anwenden, die Gründe herauszuholen suchen muß. Diesen Weg hat Professor Richard Andree eingeschlagen; über seine Forschungen gibt der soeben erschienene neue Jahrgang des Herderschen Jahrbuchs der Naturwissenschaften einen Bericht, dem wir das Ergebnis der Andreeschen Untersuchung entnehmen. Danach handelt es sich bei dieser Bestattung überall darum, die Leiche als Hocker möglichst stark zu fesseln, um die schädliche Wiederkehr des Toten aus dem Grabe zu verhindern. Der Tote kommt aber nach altem Volksglauben wieder, um seinen Tod zu rächen oder als Gespenst die Ueberlebenden zu plagen. Damit er das nicht kann, wird er auf die vorsichtigste und stärkste Weise gefesselt, mit Bändern zugeschnürt, eingewickelt, damit er sich ja nicht rühren könne. Für das Vorhandensein dieser Anschauung hat Andree zahlreiche Beispiele zusammengebracht, häufig wird der Grund dieser Bestattungsart deutlich in der Trauerrede ausgesprochen. Wir sehen hier ein Ueberbleibsel von der Anschauung der engen Zusammengehörigkeit der beiden Reiche des Lebens und des Todes. —

* **Ueber das Tauchen des Wasserstars** ist erst neuerdings eine interessante Beobachtung gemacht worden. Bei der Weiterbewegung unter dem Wasser läuft der Vogel nicht, sondern er fliegt mehr, und zwar mit ausgebreiteten Flügeln, wie beim Flug in der Luft. Die allgemeine Körperrichtung geht dabei schief abwärts. Der Vogel wendet augenscheinlich große Kraft an, um sich am Grunde zu halten und dem Gesetz der Schwere entgegenzuwirken. Diese Fähigkeit wird sehr begünstigt durch die Kürze der Flügel und die auffallend starke Entwicklung der Flügelmuskeln. Auch die Schwanzmuskeln sind sehr entwickelt; die Knochen enthalten keine Luft. Der Vogel lebt hauptsächlich von Wasserkäfern, frißt aber auch kleine Fische. —

* **Der schiefe Turm zu Ulm.** Nicht bloß Pisa und Bologna, sondern auch Ulm hat seinen schiefen Turm, wenn er auch weniger bekannt ist. Als ein Teil der alten Befestigung Ulms und als ein Hauptzeuge der Belagerung Ulms durch Kaiser Karl 4. im Jahre 1376 ragt aus dem mittelalterlichen Städtebild, das Ulm von der Donauseite bietet, der Metzgerturm aus den romantischen Giebeln und Dächern seiner Umgebung hervor. Der Turm weicht beträchtlich von der senkrechten Linie ab. Diese Neigung beträgt bei einer Gesamthöhe von 27 Metern, wovon 8 Meter auf das mit farbigen glasierten Ziegeln gedeckte Dach kommen, 1.42 Meter oder 5¼ Prozent. Sein Kollege von Pisa, der bei 54,5 Meter Höhe 4,5 Meter Neigung (7,89 Prozent) hat, ist ihm also bedeutend „über", er kann sich aber damit trösten, daß er die beiden schiefen Türme in Bologna mit 83 Meter Höhe und 1 Meter Neigung (1,2 Prozent) sowie 42 Meter Höhe und 2,5 Meter Neigung übertrifft. Die Frage, ob beim Metzgerturm kein weiteres Einsinken mehr bevorsteht, ist in letzter Zeit mehrfach erörtert worden, da in der Nähe des Turmes das neue Volksbad erbaut werden soll. Im Gemeinderat ist nun von den Technikern der Stadt Ulm die beruhigende Mitteilung gemacht worden, daß bei den jährlich zweimaligen Untersuchungen des Turmes und zuletzt am 1. Juni d. J. keine Verringerung der Standfestigkeit des alten Metzgerturms festzustellen gewesen ist. —

* **Der Gebrauch des Pferdefleisches** zur menschlichen Nahrung ist in den Kulturländern schon viel älter, als man gewöhnlich glaubt. Schon im Beginn der christlichen Zeitrechnung wurde der Name „Pferdefleischesser" von den Gerichten als Bezeichnung für verschiedene Völkerschaften angewendet. Herodot erzählt, daß die Perser an Geburtstagen ihre Tafeln mit im ganzen gebratenen Pferden zu besetzen pflegten; Chinesen, Tataren, Kosaken und viele andre asiatische und afrikanische Völkerschaften betrachten noch gegenwärtig Pferdefleisch als einen Leckerbissen. Nach Virgil mischten die Szythen Pferdeblut in die Milch, die sie tranken; Horaz erwähnt, daß die Thrazier Pferdeblut zu trinken pflegten. Der heilige Bonifaz beschwerte sich bei dem Papst über das Pferdefleischessen der Deutschen. In Frankreich wurde im Jahre 1629 ein Pferdeknecht hingerichtet, weil er Pferdefleisch gegessen. In Paris wurde der Genuß 1826 amtlich gestattet. —

Marktberichte.

Magdeburg, 23. Juni. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. **Weizen** englischer gut 204—209, do. Sommer- gut 196—203, do. Kolben Sommer- gut 212—216, do. ausländischer gut 218—224. — **Roggen** inländischer gut 185—188. — **Gerste** hiesige Chevaliergerste gut ———, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut ———, ausländische Futtergerste gut 131—133. — — **Hafer** inländischer gut 150—158. — **Mais** unv., runder gut 151—153. —

Viehmarkt.

Magdeburg. 23. Juni. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 294 Rinder, 303 Kälber, 122 Schafvieh usw., 1090 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): **Ochsen:** a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren 39—40 Mk., b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 35—38 Mk., c) mäßig genährte junge und ältere 31—34 Mk., d) gering genährte jeden Alters 28—30 Mk. **Bullen:** a) vollfleischige, ausgemästete, bis zu 5 Jahren 38—39 Mk., b) vollfleischige, jüngere 35—37 Mk., c) mäßig genährte jüngere und ältere 31—34 Mk., d) gering genährte jüngere und ältere 26—30 Mk. **Kalben und Kühe:** a) vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes ——— Mk., b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 31—33 Mk., c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 28—30 Mk., d) mäßig genährte Kühe und Kalben 24—27 Mk., e) gering genährte Kühe und Kalben 18—22 Mk. **Kälber:** a) feinste Mast- (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 53—57 Mk., b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 42—50 Mk., c) geringere Saugkälber 30—38 Mk., d) ältere, gering genährte (Fresser) 26—34 Mk. **Schafe:** a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 36—38 Mk., b) ältere Masthammel 33—35 Mk., c) mäßig genährte Hammel und Schafe 28—30 Mk. **Schweine** (mit 20 Prozent Tara): a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 58—59 Mk., b) fleischige 55—57 Mk., c) gering entwickelte 52—54 Mk., d) Sauen 48—54 Mk. Verlauf und Tendenz: Mittelmäßig. Ueberstand: 40 Rinder, 30 Kälber 22 Schafe, — Schweine.

Wasserstände.

\+ bedeutet über, — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	21. Juni	+ 0.06	22. Juni	+ 0.08	—	0.02
Laun	„	+ 0.35	„	— 0.20	0.55	—
Budweis	„	— 0.15	„	— 0.15	—	—
Prag	„	—	„	—	—	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	22. Juni	+ 1.70	23. Juni	+ 2.35	—	0.65
Weißenfels Untp.	„	+ 0.56	„	+ 0.56	—	—
Trotha	„	+ 1.86	„	+ 1.94	—	0.08
Alsleben	„	+ 1.64	„	+ 1.58	0.06	—
Bernburg	„	+ 1.15	„	+ 1.15	—	—
Calbe Oberpegel	„	+ 1.56	„	+ 1.54	0.02	—
Calbe Unterpegel	„	+ 0.82	„	+ 0.76	0.06	—
Mulde.						
Dessau, Muldenbr.	22. Juni	+ 0.23	23. Juni	+ 0.16	0.07	—
Elbe.						
Pardubitz	21. Juni	— 0.58	22. Juni	— 0.58	—	—
Brandeis	„	— 0.01	„	— 0.07	0.06	—
Melnik	„	+ 0.29	„	+ 0.21	0.08	—
Leitmeritz	„	— 0.47	„	— 0.35	—	0.12
Aussig	22. „	— 0.22	23. „	— 0.16	—	0.06
Dresden	„	— 1.50	„	— 1.60	0.10	—
Torgau	„	+ 0.38	„	+ 0.39	—	0.01
Wittenberg	„	+ 1.33	„	+ 1.31	0.02	—
Roßlau	„	+ 0.78	„	+ 0.73	0.05	—
Barby	„	+ 1.09	„	+ 1.03	0.06	—
Schönebeck	„	+ 0.99	„	+ 0.91	0.08	—
Magdeburg	23. „	+ 1.08	24. „	+ 1.05	0.03	—
Tangermünde	22. „	+ 1.71	23. „	+ 1.65	0.06	—
Wittenberge	„	+ 1.64	„	+ 1.60	0.04	—
Broda-Dömitz	„	+ 1.15	„	+ 1.10	0.05	—
Lauenburg	„	+ 1.25	„	+ 1.15	0.10	—

fahr laufe, auf die geheime oder öffentliche Polizei von London zu stoßen, oder mich genötigt sehe, ihre Hilfe in Anspruch zu nehmen. Womit soll ich mich dann im äußersten Notfall legitimieren?"

„Sie haben recht."

Der Minister nahm eine Visitenkarte mit der Herzogskrone und drei langen Zeilen voller Titel und schrieb quer über die Karte das eine Wort „Libre".

„Sie werden begreifen, daß diese Karte ein sehr gefährliches Dokument ist. Gebrauchen Sie es nur in der äußersten Not. Hier sind Ihre Papiere. Lesen Sie sie durch, seien Sie vorsichtig und nehmen Sie sich Zeit."

„Gehen Sie jetzt und kommen Sie nicht zu mir, ehe Sie Order erhalten. Auf Wiedersehen und viel Glück!"

Hansen nahm seine Papiere, verneigte sich und ging.

(Fortsetzung folgt.)

Wenn jemand eine Reise tut . . .

Die Welt auf Schusters Rappen zu durchstreifen, ein Wanderbursch, fröhlich zu werden, das nahm ich mir vor, als ich noch in der Lehre von früh sechs bis abends acht Uhr arbeiten mußte, und Sonntags dazu. Es kam aber anders, wie immer. Wohl führte mich der Weg durch viele Gaue Deutschlands und auch ins Ausland. Aber es war das Dampfroß, das mich bald in diese, bald in jene Gegend im feurigen Tempo brachte. Und das Ränzel, das ein Verwandter mir verehrte, als ich in die Fremde fuhr, hat die Chaussee nicht gesehen. Von der Handwerksburschenromantik habe ich deshalb nur ein wenig Herbergsleben kennen gelernt, und zwar in der „Heimat" zu Nürnberg in der [illegible], wo ich vorschriftsmäßig „gefilzt" wurde. Da bekam ich die Nase gleich gründlich voll. Ich ging diesen Dingern fernerhin im weiten Bogen aus dem Wege.

Jetzt ist das Schifflein des Lebens längst im wohlvertrauten Hafen der Ehe verankert, und über ein Weilchen noch werden die flüggen Jungen aus dem Neste flattern, um etwas zu erleben, zu lernen, sich die Hörner abzulaufen und dann ebenfalls als Familienväter zu enden. Das nennt man dann den Kreislauf der Welt.

Aber alljährlich, wenn der Lenz beginnt, regt sich etwas im Herzen. Die Erinnerung wird lebendig, der Blick folgt sehnsüchtig den eilenden Wolken; das Klingen und Klirren der Eisenschienen wird [illegible], lockender Sirenengesang, und die treue Gattin kommt zur Erkenntnis, daß „er" einmal „ausgeflogen" wird. „Er" muß erst einige Tage oder Wochen aus dem Bau. Und er geht. Natürlich wieder Eisenbahn und der Kosten wegen Marke „Herberge zur Heimat", aber vierte Klasse. Denn die D- und L-Züge fressen zwar mit Automobilgeschwindigkeit Kilometer, aber auch Geld, und Geld ist bei einem Ferienreisenden aus dem Arbeiterstand immer das wenigste. Und wenn sein Wagen der erste hinter der Lokomotive ist, langt er auf den Stationen eher an als seine Mitreisenden erster, zweiter und dritter Güte.

Uebrigens würde man sich sehr täuschen, wenn man meint, daß heute, nach der glorreichen Tarifreform, sich nur Sachsengänger, Marktfrauen und andre Proleten in der „Lauseklasse" transportieren lassen. O nein! Man findet da viele, von denen man es „gar nicht denken" sollte, und wenn sie sich vielleicht auch nicht sehr wohl fühlen, so geht bei ihnen doch die Opferwilligkeit für des Reiches Herrlichkeit nicht so weit, dem Fiskus das schöne Geld für die höhere Klasse in den Rachen zu werfen.

Und übrigens, interessanter und kurzweiliger, wenn auch [illegible], fährt es sich vierter. Das kommt und geht auf jeder Station. Hier schiebt sich ein Zimmerer mit seinem umfangreichen [illegible] Handwerkszeug hinein, eine alte Bauersfrau mit durchfurchtem, scharf markierten Gesicht und großen, roten, runzligen Händen steigt aus. Die schwere Kiepe auf dem Rücken trabt, weit hinaus in der Talsenkung liegt das Dorf, dem sie mit der Last zustrebt. Dann schnattert eine Schar kleiner Mädchen herein in hellen Kleidchen. Mit der Lehrerin machen sie einen Ausflug. Eher könnte man die Fluten der Elbe aufhalten, als die Zünglein der Kleinen. Und die Lehrerin lächelt etwas verschämt und doch stolz. Sie war ja auch einmal jung und ein Plappermäulchen, das über alles Neue Auskunft heischte. Jetzt freilich —!

Und wie leicht kommt man in der vierten ins Plaudern. Eins, zwei, drei ist ohne große Formalitäten ein Gespräch im Gang, und oft erfährt man mehr, als man wissen will. Selten etwas Heiteres, meistens die kleinen Sorgen und Kümmernisse des Lebens. Und man geniert es sich nicht, redet frei von der Leber weg und politisiert auch. Nicht in langen Reden, man muß sich beeilen, die nächste Station ist in Sicht. Eulenburg, man ist in die Charitee übergeführt, davon sprach man.

„Das hätt ein Arbeiter sein sollen, der säße längst hinter Schloß und Riegel." Allgemeine Zustimmung.

„Neugierig bin ich, wie die Sache enden wird, ohne Zuchthaus geht es nicht ab," sagt ein andrer.

Allgemeine Heiterkeit belehrt ihn, daß er mit seiner Ansicht ziemlich allein steht.

„Haben Sie Ahnung! Der wird für verrückt erklärt." Und dann werden dem Gutgläubigen alle Fälle aus den letzten Jahren aufgeführt: Prinz Arenberg, Peters, Fürstin Wrede und noch andre.

Ein alter Leiermann dreht seine verstimmte und abgedämpfte Orgel. Wilja, o Wilja, du Waldmägdelein, laß mich, o laß mich — — — Das Spielen und Handeln ist zwar verboten, aber der Schaffner ist in einem andern Wagen; jeder spendet seinen Obolus, und das Gespräch geht weiter.

Die Stunden verrinnen; von Zeit zu Zeit ein Blick in die „vorbeifliegende" Landschaft. Dünn und kurz sind noch die Saaten, die Fichten stehen noch im düstern Winterkleid, die Birke aber hat sich mit lichtem Laube geschmückt, das weither aus den Wäldern heraus leuchtet. Der Boden wird welliger, in der Ferne blaue Höhenzüge. Die Dörfer stehen nicht mehr, wie in unsrer Rübengegend, wie auf einem Präsentierteller, sie liegen hier in einer Talsenkung, dort am sanft geschwungenen Abhang, weiterhin zeigt nur die ragende Turmspitze an, daß unten ein Dörfchen oder ein Städtchen liegen muß, und auf jenem Hügel liegt im lachenden Sonnenschein frank und frei, die Gegend beherrschend, ein Flecken und schaut herab auf wohlbestellte Felder und grünende Wiesen. Ueberall aber die Arbeit, auf dem Felde, am Bahndamm, in den Ziegeleien und den chemischen Fabriken, die helle, gräulich-grüne giftige Dämpfe aus hohen Essen in die Luft senden. Ueberall Mühen und Plagen ohne Ende und ohne Segen, ohne Erfolg für die sich Mühenden.

Und nun bin ich am Ziel. Arnstadt in Thüringen. Hier will ich mich für die nächste Woche einquartieren und nach allen Richtungen der Windrose Streifzüge machen auf die Berge und in die Täler des Thüringer Waldes. Warum gerade in Arnstadt? Nun, das hängt eben auch mit den Erinnerungen zusammen.

Der eine liebt es, zu hausen, wo keine sterbliche Seele ihn kennt, wo er auch einmal ein bißchen „inkognito" sein kann, wie ein Prinz oder ein berühmter Staatsmann, und wo er dem Kellner im Hotel ein bißchen imponiert; der andre aber möchte nach des Tages Wandrung im Freundes- oder Bekanntenkreis ein Stündchen plaudern, ihm graut vor dem Hotelleben und vor den Hotel—preisen. Er möchte auch in der Ferne ein wenig „Daheim" haben, von „damals" schwatzen, und zu dieser Sorte gehöre ich.

Und so wanderte ich denn nach Jahren und Tagen wieder einmal in die Stadt der Marlitt ein. Wunderbarerweise stand alles noch auf dem alten Flecke: der hoch gelegene Marktplatz mit den Kolonnaden, dem schönen alten Rathaus und dem „Schwarzburger Hof" mit seinen Halblitergläsern braunen Bieres, das für 13 Pfennig verkauft wird. Außerdem hat Arnstadt noch einige durch die Marlitt „historisch" gewordene Häuser, einen Schloßgarten mit Hoftheater, einen alten Friedhof mit einem Rosenstrauch ohne Dornen, schöne Kirchen, schöne, schlanke Mädchen und — die Hauptsache — eine prächtige Umgebung. Die Kopfkissen- und Löffelstielfrage war zu zivilen Preisen im Handumdrehen erledigt. Und außerdem bot sich ein Fremdenführer freiwillig an, der Weg und Steg rund herum kannte.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter sind nur auf das winzige Krankengeld angewiesen. Die Krankenkassen, gegen deren Selbstverwaltung sich fortwährend schwere Angriffe richten, sind ihrer Aufgabe in immer wachsendem Maße gerecht geworden. Die Angriffe gegen sie sollen nur verdecken, wie geschickt intelligente Arbeiter die Verwaltung führen. Sie sind

der wertvollste Teil

unsrer Versicherungsgesetzgebung und ihrer Institute. Sonst sind wir noch sehr weit von der Erfüllung der Forderung entfernt, die wir immer wieder stellen müssen, daß der Sozialgesetzgeber die Verpflichtung einlöse, diejenigen, die für Industrie und Handwerk, Handel und Landwirtschaft Kraft und Gesundheit einsetzen, vor allen Gefahren ihrer Tätigkeit zu schützen. (Lebh. Beifall.)

Die weitere Verhandlung wird auf Mittwoch vertagt. —

Provinz und Umgegend.

Kl.-Ottersleben, 24. Juni. (Sozialdemokratischer Verein.) Am 20. Juni fand bei Schütze eine Mitgliederversammlung statt, in der die Landtagswahl nochmals besprochen und hervorgehoben wurde, daß es hier im Orte noch Leute gibt, die ihre „Arbeiterfreundlichkeit" bei der Wahl so recht gezeigt haben. Pflicht eines jeden Parteigenossen sei es, nur diejenigen zu unterstützen, die auch mit der Tat uns und unsre Bestrebungen unterstützen. Da nach unserm Statut fortan das Geschäftsjahr von Juli bis Juli geht, mußte die Vorstandswahl vorgenommen werden. In den Vorstand wurden gewählt: Herwig, 1. Vorsitzender, Schlee, 2. Vorsitzender, Müller, Kassierer. Noack, Schriftführer; zu Revisoren Betge, Schmidt und Töpfer. Dem früheren Kassierer, Genossen Fallner, wurde für seine langjährige Tätigkeit volle Anerkennung gezollt. Unter anderm wurde die Beschaffenheit des Feuerteichs besprochen und den Gemeindevertretern aufgegeben, bei passender Gelegenheit wiederum den Antrag auf Beseitigung einzubringen. Einige Genossen haben gesehen, daß sich oberhalb des Wassergrabens die fremden Arbeiter der Firma Böckelmann die Füße baden, während etwas unterhalb sich die Anwohner das zum Hausgebrauch nötige Wasser entnehmen. Genosse Töpfer wies noch auf das Kinderfest der Gewerkschaften hin und ersuchte, den Bedarf an Karten bei den bekannten Parteigenossen so schnell wie möglich zu decken. Mit der Mahnung, die nächste Mitgliederversammlung, in welcher Stellung zur Generalversammlung genommen werden soll, zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung. —

Burg, 24. Juni. (Die städtische Obstplantage) in Blumenthal ist der Raupenplage in diesem Jahre ganz besonders ausgesetzt und die Aussichten auf eine einigermaßen ertragreiche Ernte sind schlechter denn je. „Eine intensive Pflege ist bei der weiten Entfernung von der Stadt auch nur schwer ausführbar", schreibt das „Tageblatt". Wir gestatten uns hierbei, wieder einmal an das Gesuch der Arbeitslosenversammlung an den Magistrat zu erinnern. Es ist seinerzeit abgelehnt worden, für die Arbeitslosen Beschäftigung zu vergeben und hier hören wir, daß eine intensive Pflege der städtischen Obstplantage nicht gut durchführbar sei, weil sie zu weit außerhalb läge. Die Kosten, die der Stadt erwachsen würden, wenn einige Arbeiter gerade zu der Zeit, in der man der Raupenplage am wirksamsten entgegentreten kann, beschäftigt würden, könnten unter Umständen bei einer durch intensive Pflege gesteigerten Ernte nicht so sehr hoch sein. Wir aber sähen den Willen, den Arbeitslosen, bei denen nicht gefragt wird, wo sie ihre Steuern hernehmen, zu helfen. —

Neustadt, 24. Juni. (Achtung, Streik!) Die Arbeiter der hiesigen Ziegelei befinden sich seit Montag im Streik. Der Besitzer, Herr Willi Heuer, hat gegen den Willen der Arbeiter den 12stündigen Arbeitstag eingeführt. Der Akkordsatz war so gestellt, daß es nicht möglich war, 30 Pfg. pro Stunde zu verdienen. Alle Verhandlungen sind bis jetzt gescheitert, da ein Teil der Polen und Galizier stehengeblieben ist. Von Hecklingen bei Staßfurt werden von dem Bruder Heuers, der dort ebenfalls eine Ziegelei hat, Arbeiter angeworben. H. befindet sich gegenwärtig mit acht Arbeitern aus seinem Betriebe hier. Ein Transport, der am Dienstag hier eintraf, hat wieder Abschied genommen. Wir ersuchen die Genossen von Hecklingen und den umliegenden Ortschaften, insbesondre von Staßfurt, dafür Sorge zu tragen, daß sich keine Arbeitswilligen finden. —

Neuhaldensleben, 24. Juni. (Eine Stadtverordneten-Sitzung fand am Montag statt. Die elf Punkte enthaltende Vorlage war in 1¼ Stunden erledigt. Der jetzige Vorsteher scheint im Gegensatz zu seinem Vorgänger das Automobiltempo zu lieben, und wer nicht scharf aufpaßt, kann leicht den Anschluß verpassen. Einer der bemerkenswertesten Punkte war ein Antrag der Bürgerschullehrer und -lehrerinnen um Bewilligung einer Teurungszulage von 150 bzw. 125 Mark, wie diese den Volksschullehrern gewährt worden ist. Der Magistrat ist für Bewilligung, obgleich die Bürgerschullehrer 150 Mark Gehalt mehr beziehen als die Volksschullehrer. Die Teurungszulage soll aber ebenso wie bei den Volksschullehrern als Vorschuß für die zu erwartende Gehaltserhöhung angesehen und angerechnet werden. Mehrere Stadtväter erklärten sich dagegen, sie fürchteten, daß dann mit Recht die übrigen städtischen Beamten mit demselben Antrag kommen würden; der Steuersäckel aber für diese Anforderungen nicht Inhalt genug habe. Die Steuerzahler haben unter der Teurung ebenfalls zu leiden und neue Steuerquellen zu erschließen, sei schwer, das beweise das ablehnende Verhalten der Mehrheit der Stadtväter zu der Wertzuwachssteuer. Mit 12 gegen 4 Stimmen wurde der Antrag der Bürgerschullehrer abgelehnt. Als Trost wurden sie auf das kommende Lehrerbesoldungsgesetz verwiesen. Ein Antrag auf Bewilligung der Kosten zum chausseemäßigen Ausbau des Weges Lübberitz—Satuelle fand noch besondere Aussprache. Gebaut wird dieser Weg auf Kosten der Stadt unter Ablehnung eines Provinzialzuschusses. Bei der städtischen Bauweise bzw. der Anfuhr des Materials, je nachdem es vorhanden ist, würde die Stadt, ohne an Termine gebunden zu sein und ohne besondere größere Kosten zu haben, diesen Weg zu bauen. Die Kosten, welche auf 4000 Mark veranschlagt sind, wurden bewilligt. —

Staßfurt, 24. Juni. (Tot im Chausseegraben aufgefunden,) in der Nähe des Aschenberges, wurde der Arbeiter Baierstedt aus Löderburg. Er hatte auf der Ammoniaksodafabrik eine 24stündige Schicht gemacht und sich auf dem Heimweg wohl zum Zwecke des Ausruhens in den Chausseegraben gesetzt. Dort ist er wohl eingeschlafen und gestorben. —

— (Der neue Bürgermeister) Herr Dr. Berger hat auch das Schützenfest der hiesigen Schützengilde besucht und dabei in seiner Antwortrede auf einen Toast erklärt, daß er bestrebt sein werde, die Schützengilde zu fördern. Wir hoffen, daß Herr Berger noch andre Objekte entdecken wird, die seiner Förderung mehr bedürfen als ausgerechnet die Schützengilde. —

Kleine Chronik.

Die Haarpilzkrankheit in Schöneberg.

Die ärztliche Durchsuchung der Volks- und Mittelschulen in Schöneberg bei Berlin ist nunmehr abgeschlossen. Das Ergebnis war erfreulicherweise recht mager. Kaum 1 Dutzend verdächtiger und vielleicht die Hälfte wirklich von der Haarpilzkrankheit erkrankter Kinder wurde ausfindig gemacht. Die Epidemie ist deshalb als verhältnismäßig harmlos zu bezeichnen. Die als krank befundenen Kinder werden im Schöneberger Krankenhaus bis zu ihrer Heilung behandelt. Um den Ring der Vorbeugungsmaßregeln vollständig zu schließen, läßt nun der Magistrat auch noch die Mädchen-Volksschulen und die höheren Schulen gründlich durchsuchen. —

Zeppelins zweiter Aufstieg.

Am Dienstag nachmittag um 5 Uhr unternahm Graf Zeppelin mit seinem neuen Luftschiff den zweiten Aufstieg. Nachdem das Luftschiff die Halle verlassen hatte und die Motoren angestellt worden waren, bewegte es sich bei einer leichten Brise vom schweizerischen Ufer nach der württembergischen Seite zu. Höhen- und Seitensteurung funktionierten hervorragend, und deshalb muß die Fahrt als ganz vorzüglich gelungen bezeichnet werden. Der Ballon beschrieb über Friedrichshafen einige Kreise, fuhr dann bis in die Gegend von Langenargen über den Bodensee, kehrte darauf nach Friedrichshafen zurück und manövrierte längere Zeit über dem See, indem er Schwenkungen ausführte, sich hob und sich senkte. Der Ballon bewegte sich in einer Höhe von 100 bis 200 Metern 2¼ Stunden lang. —

Selbstmord eines Liebespaares.

Am Dienstag abend wurden der 33 Jahre alte Arbeiter Erich S. und seine Geliebte, die Frau des Arbeiters B., in einem Zimmer des Hauses Stolpische Straße 57 in Berlin erschossen aufgefunden. Das Zimmer bewohnten zwei Brüder S., die früher als Schlafburschen bei B. eingemietet waren. Seit jener Zeit bestand das Liebesverhältnis des Erich S. mit Frau B., die ihn in Begleitung ihres 4jährigen Mädchens öfters besuchte, ohne daß ihr Mann eine Ahnung von ihrer Untreue hatte. Das Liebespaar nahm sich das Leben, weil es keine Möglichkeit für die Vereinigung sah. —

Der D-Zug Köln—Berlin entgleist.

Auf der Strecke zwischen Wattenscheid und Bochum entgleiste Dienstag nachmittag der um 9¼ Uhr abends in Berlin fällige D-Zug Köln—Berlin. Soweit bis jetzt feststeht, sind eine Dame und ein Schaffner leicht verletzt. Das Gleis Wattenscheid—Bochum ist auf unbestimmte Zeit gesperrt, der Betrieb wird auf Gleis Bochum—Wattenscheid aufrechterhalten. Statt des fälligen Zuges traf ein neurangierter Train, in den nur der Speisewagen des verunglückten Zuges eingestellt war, mit fast zweistündiger Verspätung in Berlin ein. —

Die Tremessener Eisenbahnkatastrophe.

Das Urteil im Tremessener Prozeß lautet gegen den Bahnmeisterdiätar Bajohr auf 8 Monate Gefängnis. Als strafmildernd wurde angenommen, daß er eine nur mäßige Ausbildung erhalten hat. Gegen den Vorarbeiter Wozniak auf 3 Monate Gefängnis; gegen den Arbeiter Braniezki auf 2 Wochen Gefängnis. Die übrigen zehn Angeklagten wurden freigesprochen. —

Verirrte Kugeln.

Nachdem erst vor einigen Tagen zwei vom Schießplatz Hagenau verirrte Schrapnells in Schirrweiler große Schäden an Gebäuden verursacht haben, wurde nunmehr ein 8jähriges Mädchen, das Heidelbeeren pflückte, von einem Infanteriegeschoß durch einen Schuß durch beide Oberschenkel schwer verletzt. Das Kind wurde kriechend im Walde aufgefunden. —

Frau und vier Kinder erschossen.

Ein Familiendrama wird aus Budapest gemeldet. In der Gemeinde Sar-Egres hat der 35jährige Landmann Ludwig Biro seine Frau und vier kleine Kinder ermordet und hierauf einen Selbstmordversuch begangen. Biro hatte schon vor einigen Monaten ein Attentat gegen seine Frau verübt, indem er ihr mit einem Rasiermesser zahlreiche Verletzungen zufügte. Es wurde gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet und die Frau verlangte die Scheidung. Kürzlich fand ein Aussöhnungsversuch statt, Biro suchte seine Frau zu bewegen, die Scheidungsklage zurückzuziehen. Sie blieb jedoch bei ihrem Verlangen. Als die Gatten wieder auf die Straße traten, zog Biro ein Messer hervor und tötete die Frau durch mehrere Stiche. Biro begab sich darauf in das Haus seines Schwiegervaters, in dem sich seine vier Kinder befanden, und zwang die Kinder mit einem geladenen Revolver in der Hand, ihm in seine Wohnung zu folgen. Dort stellte er sie der Reihe nach auf und schoß eins nach dem andern nieder. Der Szene wohnte auf der Straße eine Menge von etwa 200 Menschen bei. Niemand wagte es, in die Wohnung einzudringen, so daß es Biro gelang, in seinen Weingarten zu entkommen, in dem er sich erhängte. Da der Strick durchriß, bohrte er sich ein Messer ins Herz. Er wurde schwer verletzt aufgefunden. —

Die Rache der Soldaten.

In Modane (Departement Savoyen) überfielen vier Soldaten auf dem Wege nach der Kaserne einen ehemaligen Unteroffizier des 158. Infanterie-Regiments namens Bovel und töteten ihn. Die Täter wurden verhaftet. —

Eine antimilitaristische Demonstration.

Vierzehn Gestellungspflichtige aus Florent (Frankreich), die jüngst vom Zuchtpolizeigericht wegen antimilitaristischer Kundgebungen zu 20 Tagen Gefängnis verurteilt waren, begaben sich am Dienstag nach Verbüßung ihrer Strafe nach Bourges. Gegen 500 Personen gaben ihnen das Geleit zum Bahnhof und brachten ihnen bei der Abfahrt Ovationen dar, wobei revolutionäre Lieder gesungen wurden. —

Ein wahnsinniger Pastor erschossen.

Aus Neuyork wird gemeldet, daß ein Fall von Lynchjustiz, dessen Umstände gänzlich außergewöhnlich waren, sich in der kleinen Stadt Hermansdad (Missouri) ereignete. Das Opfer der Selbsthilfe war der evangelische Prediger Valentine Strauß, der der dortigen deutschen Lutheranischen Kirche vorstand. Strauß wurde von religiösem Wahnsinn befallen, dessen Folgen für die Nachbarschaft tragisch waren. Strauß bildete sich ein, daß es seine Pflicht sei, möglichst viele Menschen ins Jenseits zu befördern und ihnen so die himmlische Seligkeit zu verschaffen. In Ausführung dieser Wahnsinnsidee kaufte er sich ein Gewehr, verließ sein Haus während der Nacht und erschoß eine Anzahl Personen. Die ganze Umgebung war durch die nächtlichen Mordtaten alarmiert, niemand aber brachte den verehrten Pastor mit diesen Verbrechen in Verbindung. Erst nachdem er acht Personen ermordet und mehr als zwanzig so schwer verwundet hatte, daß ihr Aufkommen ausgeschlossen erscheint, entdeckte seine eigene Frau, daß er der Täter sei. Sie verständigte die Nachbarn, die den Prediger beobachteten. Bald überzeugten sie sich, daß er tatsächlich der Mörder sei, und nun beschlossen die Aeltesten der Stadt, Lynchjustiz zu üben. Zwölf Mitglieder der Kirchengemeinde lauerten Strauß des Nachts auf, und als sie ihn mit einem Gewehr herankommen sahen, gaben sie Feuer. Schwer verwundet wurde der Pastor nach Hause gebracht und starb kurze Zeit darauf in den Armen seiner Gattin, die anscheinend diesen Akt der Lynchjustiz gebilligt hatte. Die Behörden suchen nach den Tätern, aber keiner verrät die Namen derjenigen, die Strauß erschossen. —

MITTEILUNG.

Mit Gegenwärtigem gestatte ich mir, meiner werten Kundschaft die Nachricht zu unterbreiten, dass ich laut freundschaftlichem Uebereinkommen mit meinen Gesellschaftern am heutigen Tage aus der Firma

Raphael Wittkowski
Hamburger Engros-Lager, G. m. b. H.

ausscheide.

Für das mir während meiner neunjährigen Tätigkeit am hiesigen Platze entgegengebrachte Vertrauen spreche ich hiermit meinen verbindlichsten Dank aus.

Hochachtungsvoll

Raphael Wittkowski.

Leder-Ausschnitt

Schäfte, Werkzeuge, Artikel für Schuhmacher, Schuhcreme und alle Arten Einlegesohlen empfiehlt

Franz Erler Magdeb.-Neustadt Lübecker Str. 35

Maß-Stepperei. 5533

Excelsior-Räder

erhalten Sie in jeder Preislage bei größter Auswahl zu kulanten Bedingungen. 5721

Fernsprecher 4944. **Albert Brennecke.** Magdeburg-S.

In Fermersleben, Schönebecker Straße 36. Gegr. 1894.

Der
Ausverkauf
der noch vorrätigen Sommer-
Kleider-Stoffe!
als: Alpakas, hellgestreifte Blusenstoffe, helle und dunkle Musseline, Waschstoffe rc., wird
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
fortgesetzt.
Kostümröcke, Waschröcke u. Unterröcke

Der Restvorrat
Sonnenschirme
zu jedem annehmbaren Preise.
Ein Gelegenheitsposten **reinseidener Regenschirme**
mit eleganten, zum Teil echten Griffen, für Damen und Herren
erheblich unter Preis
Adolph Michaelis
Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe
Ratswageplatz 1, 1 Tr.
Vom Leihhaus völlig getrennter Eingang: **Apfelstraße, erste Tür.**

Möbel, Spiegel und Polsterwaren
Gegründet 1883. reelle Arbeit, empfiehlt Gegründet 1883.
C. Dittmar Tischlermeister Tischlerkrugstraße 25 u. 26.

Fahrräder, gut erh., von 20 bis 45 Mark, neue Herren- und Damenräder von 80 bis 150 Mk. Ersatz- u. Zubehörteile billigst. Reparaturen aller Syst. werd. schnellst. u. billigst ausgef. **Wilhelm Betge,** Magdeburg-S., Leipzig. Str. 10a, neb. Kristallpalast.

Für Brautpaare!
Komplette, nußbaum furnierte Wohnungs-Einrichtungen 275 Mk. Hochelegante, selbstgefertigte, echt nußbaum Ausstattungen 408 Mk. Einzelne Ersatzstücke spottbillig.
Kheil Möbeltischlerei Brannehirschstraße 10.

Fast neues Tourenrad f. 65 Mk. zu verkaufen Nachtweide 74, 1 Tr. l.

Billige
Herren-Anzüge!
Seltene Kaufgelegenheit!
Wegen Lagerüberfüllung
120 Jackett-Anzüge früher 20 30 40 Mk. jetzt nur 12 15 18 Mk.
Sommer-Paletots
einz. Jacketts u. Hosen
spottbillig.
M. Korn
Franziskanerstraße 3a
Kein Laden. — Getrennt vom Leihhaus.
5790

Herren- u. Damen-Uhren u. Ketten, gold. Trauringe Armbänder, Ohrringe
wegen Räumung im einzelnen spottbillig zu verkaufen.
M. Korn
Franziskanerstraße 3a

Ein Posten neue
Damen-Hemden Unterröcke, Gardinen
im einzeln. spottbill. zu verkaufen
Nur solange Vorrat!
M. Korn
Franziskanerstraße 3a
Ganz abgesondert vom Leihhaus

Schönebeck.
Große Preisermäßigung.
Wegen vorgerückter Saison verkaufe die vorhandenen Warenbestände der Saison, um damit zu räumen, zu bedeutend herabgesetzten Preisen, als: Vorhängestoffe, Musseline, Batiste, Organdys, bedruckte und unbedruckte Satins, Kleiderleinen, Tennisstoffe, Kinderkleidchen und Russenkittel. Ferner empfehle: Hemden, Beinkleider, Röcke und Schürzen für Erwachsene und Kinder in großer Auswahl. 5786
Emma Scheplitz
Salzer Straße 21.
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Vermißt
wird niemals der Erfolg b. Gebr. v. **Steckenpferd-Teerschwefelseife** v. Bergmann & Co., Radebeul mit Schutzmarke: Steckenpferd
Es ist die beste Seife gegen alle Arten Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Pusteln, Blütchen, rote Flecken, Flechten usw. 5523
à St. 50 Pf. in **Magdeburg:** H. Jenzich, Alter Markt 28. Hennenberg u. Co., Wilhelmstr. 19. Viktoria-Apotheke, Kaiserstr. 94 b. **Sudenburg:** Hugo Starkloff. **Wilhelmstadt:** Hugo Starkloff.

Kaufe nur noch kurze Zeit wegen Abreise nach Amerika 644

20000 Stück alte und junge Kanarien-Weibchen
und alte Hähne für F. Bahle.
F. H. Sehlert Neustadt Eudelstraße 1

Blaue Kartoffeln . . Pfd. 6 Pf.
Nieren-Kartoffeln . . Pfd. 8 Pf.
Altm. Kartoffeln 10 Pfd. 35 Pf.
empfiehlt die Obst- u. Gemüse-Börse
Gr. Marktstraße 12

Burg Strümpfe zum Stricken auf d. Maich. werd. angenommen Kaiser-Wilhelm-Str. 19 Elisabeth Homburg.

Burg Jeden Donnerstag **Frische Wurst!** 5512 B. Chowanky.

Wer streichen will,
kauft die dazu nötigen
Lacke, Farben, Pinsel usw.
am billigsten und besten bei
Erwin Prange,
erstes Spezialhaus dieser Branche, Berliner Strasse 29. 4295

Generalvertrieb:
Carl Friedr. Schultze, Magdeburg, Wallstraße 9-11.
Fernsprecher 763. 5568

Buckauer Möbelhaus
Feldstraße 20 Feldstraße 20
Möbel, Spiegel und Polsterwaren
— in allen Holzarten und jeder Preislage in nur reeller Arbeit. —
Eigne Polsterwerkstatt.
Bei Ankauf von neuen Möbeln nehme die alten mit in Zahlung
5564 **Hermann Göbel.**

Sommersprossen
Leberflecke, gelbe Flecke im Gesicht und an den Händen, unreiner Teint verschwinden nach 5—10tägigem Gebrauch von Bleichcream „Chlore". Unschädlich für die Haut, frei von ätzenden und schädlichen Bestandteilen. Vornehm duftendes Kosmetikum von prompter und sicherer Wirkung. Nur echt in Tuben à 1 Mk., bei Einsend. von 1.15 Mk. franko. Laboratorium Lee, Dresden-A.1.
Depots in Magdeburg: **Löwen-Apotheke, Rats-Apotheke.**

Konsumverein für Magdeburg und Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Heute Mittwoch abend treffen in allen Lagern ein:
Frische Seefische
Verkaufspreis 12 Pfg. 5488

Neu eröffnet!
Garten-Etablissement Flora
Fernspr. 4109 Fernspr. 4109
Leiter Arno Thieme (früh. Friedrich-Wilhelms-Garten)
Sonntag, 28. Juni, von nachm. 3½ bis 11 Uhr abends
1. Elite-Kinderfest
:: unter Mitwirkung einer Matrosenkapelle ::
U. a.: **Großer Festzug,** ausgeführt von 200 Kindern in prächtigen Kostümen (Lieferant: A. Höde), **Fackelpolonäse** usw. unter Leitung des Hrn. u. Frl. Herrmann
Eintritt 10 Pf. 5787 Eintritt 10 Pf.
Neu eröffnet!

Ortskrankenkasse
für die in Sprit-, Rum-, Likör-, Mostrich- und Konditoreiwaren-Fabriken beschäftigten Personen des Gemeindebezirks Magdeburg.

Der Nachtrag 4: „Unterstützung der Familienangehörigen laut Beschluß vom 2. Mai a. c." ist von der Königlichen Regierung genehmigt worden.

Derselbe tritt mit dem 1. Juli 1908 in Kraft. Die Nachträge werden in Kürze zur Verteilung kommen.

M114 **Der Vorstand.**

Stephanshallen
5472 Tir. Rich. Froberz
Abends 8 Uhr
Varieté-Vorstellung
Streng gediegenes Programm für Familien-Publikum

Schaufenster-Stellagen in Metall, jed. Art, für alle Branchen fertigt sachgemäß u. preiswert Fritz Krahl, Tauentzienstr. 11. Fip. 2776.

Fertige Musselinkleider für 14, 16, 18 und 20 Mk., neu, nach Maß. Kostümröcke u. Blusen äußerst billig. Gustav-Adolf-Str. 29, pt. 562

Gebr. Fahrrad 25 Mk. E. Hessing, Wilhelmstraße 2.

Große Partie
gebrauchter Herren- und Damenfahrräder
mit tadellosen Pneumatiks, soweit Vorrat reicht, von **30.00 Mk.** an.
Pneumatiks
fehlerfreie Ware.
Laufdecke . . 5.00 Mk.
Luftschlauch . 3.00 Mk.
Hierauf nehme ich in Zahlung: alte ausgebrauchte Laufdecke mit **1.00 Mk.,** alten ausgebrauchten Luftschlauch mit **50 Pf.** 5490
A. Rose, Magdeburg
Breiteweg 264.
Pfeil-Nähmaschinen
Parade-Fahrräder
Panther-Fahrräder

Fast neuer 2sitziger Sportwagen, hellblau, billig zu verkauf. Bollmann, Sudenburg, Fichtestraße 16. 645

Sommer-Räumungs-Verkauf
von **Kleiderstoffen** zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Gustav-Adolf-Straße 29, part.

Sargmagazin von Schmiel Storchplatz (vis-à-vis „Sachsenhof"). Gr. Särge für Erwachsene schon von 30 Mark an.

Eldorado
Gr. Junkerstraße 12.
Täglich abends 8 Uhr
Große Vorstellung
Nord-Orient-Truppe
(Das Leben und Treiben in Marokko) und 5474
Deckers Possen-Ensemble.
Im Cabaret heitere Vorträge.
Angela Nadella
die beste Vortragsmeisterin.

Viktoria-Theater.
Donnerstag den 29. Juni
Frau Warrens Gewerbe

Zirkus-Theater
Gastspiel des
Hamb. Vierländer Theaters
Heute abend 8¼ Uhr zum 3. Male H135
Die weiße Dame
und zum 4. Male
Im Schneegestöber
Avis: Sonnabend den 27. Juni **Ausscheidungskämpfe** für die Teilnehmer an den Olympischen Spielen in London.

ZENTRAL-THEATER
Heute Donnerstag:
Zum 8. Male
Die Dollar-Prinzessin.
Operette in 3 Akten von A. M. Willner u. F. Grünbaum. Musik von Leo Fall. In Szene gesetzt von Direktor **M. Preger.**
Dirigent: **Hugo Bryck.**
!! Beispielloser Erfolg !!
Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. — Ende gegen 11 Uhr. —

Morgen Donnerstag und folgende Tage:
Die Dollar-Prinzessin.

Trauer-Hüte
Blusen, Kostümröcke Krepps, Flore usw.
in grösster Auswahl
Lange & Münzer
51a Breiteweg 51a.

H.-Wohn., St., K., K., 40 Tlr., an alte Leute p. 1. Okt. z. v. Endelst. 35, A. Neust.

Walhalla-Theater.
Nur noch 4 Tage!
Gastspiel des Original-Kölner Possen-Theaters
Das rote Julchen
Gesangsposse in 3 Akten.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Kleine Preise.

Standesamt.
Magdeburg-Altstadt, 23. Juni.
Eheschließungen: Arbeiter Rud. Grote mit Agnes Witte. Inspektor Alfred Stock mit Renate Schmidt.
Geburten: Friedrich, S. des Oberleutnants a. D. Friedrich Müller. Erna, T. des Böttchers Hermann Schramm. Werner, S. des Postboten Otto Loewe. Werner, S. des Abteilungsvorstehers Rud. Keim. Charlotte, T. des Kontoristen Artur Weber. Alexander, S. des Lagerist. Alexander Wollschläger. Kurt, S. des Arbeiters Karl Stein. Hildegard, T. des Arbeiters Friedrich Schumann. Annemarie, T. des Hausdieners Hermann Schnobbel. S. des Tapeziers und Dekorateurs Max Biermann. Käthe, T. des Fabrikbes. Emil Liebau.
Todesfälle: Witwe Friederike Schulz geb. Grosse, 84 J. 10 M. 10 T. Zimmerwärter Simon Hübner, 72 J. 1 M. 29 T. Mathilde, T. des Eisenbahnschaffners Heinrich Lotz, 9 J. 1 M. 23 T. Elfriede, T. des Fischhändlers Theodor Beutler, 6 M. 18 T.

Sudenburg, 23. Juni.
Aufgebote: Former Herm. Friedr. Paul Reipsch mit Elli Elise Kelterborn. Versich.-Beamter Gust. Alb. Max Kaie mit Alwine Ella Martha Bude.
Geburten: Erna Martha, T. unehelich. Elli, T. des Schlossers Gustav Roseburg. Margarete, T. des Lehrers Otto Wolf. Kurt, S. des Schlossers Wilh. Kaschlaw. Erna, T. des Handl.-Geh. Wilh. Trübe. Kurt, S. des Kaufmanns Karl Olenko. Richard, S. des Schmieds Richard Müller.
Todesfälle: Paul, S. des städt. Feldhüters Anton Pitsch, 1 J. 1 M. 27 T. Arbeiter Franz Adler aus Westerhüsen, 39 J. 5 M. 28 T. Tapezier Karl Laengner, 72 J. 8 M. 15 T.

Neustadt, 23. Juni.
Aufgebot: Bureauzeichner Friedrich Ernst Kolbe mit Hedwig Emma Martha Krause.
Eheschließungen: Klempner Alfred Himer mit Milda Schumann. Maschinenschlosser Ernst Muthwill mit Ottilie Linde.
Geburten: Gerhard, S. des Prokuristen Otto Mücksch. Martha, T. des Schuhmachers Wilh. Meyer. Rudolf, S. des Kaufmanns Wilh. Hartmann. Ernst, S. des Arb. Ernst Meier.
Todesfälle: Ernst, S. des Arb. Ernst Meier, 2 T. Rudolf, S. des Kaufm. Wilh. Hartmann, 5 T. Witwe Friederike Wagner geb. Becker, 62 J. 4 M. 26 T.

Aschersleben.
Todesfälle: Schmied Gustav Brodmann, 37 J. 8 M. 8 T. Witwe Friederike Behnert geb. Engel, 75 J. 4 M. 25 T. Alfred, S. des Gärtn. Gustav Möser, 1 T.

Arbeiter 1380, für weibliche 1271. Besetzt wurden davon 1092 mit männlichen und 571 weiblichen Personen. Auch im April war die Arbeitslosigkeit fast noch ebenso groß. Es betrug die Zahl der Arbeitsuchenden 2814 männliche und 577 weibliche Personen. Offene Stellen gab es 1068 für männliche und 863 für weibliche Arbeitskräfte. Besetzt wurden aber nur 870 Stellen mit männlichen und 494 mit weiblichen Arbeitskräften. Noch ungünstiger gestalten sich die Verhältnisse für den Monat Mai. Die Zahl der Arbeitslosen stieg auf 3209 männliche und 490 weibliche Personen, für die nur 1332 bzw. 719 offene Stellen vorhanden waren. Besetzt wurden nur 1044 bzw. 396 Stellen. Es sind also in runder Summe über 2000 männliche Arbeitskräfte zurzeit ohne Beschäftigung und ohne Aussicht, welche zu erhalten, während bezeichnenderweise für weibliche Arbeitskräfte das Verhältnis etwas günstiger liegt. Obgleich diese Zahlen kein absolut sicheres Bild von der herrschenden Arbeitslosigkeit geben, so zeigen sie doch, daß die wirtschaftliche Krisis noch lange nicht als überwunden angesehen werden kann. Bedauerlich ist und bleibt es aber, daß das städtische Arbeitsnachweisbureau diese Zahlen aus einem gar nicht erkennbaren Grunde der Tagespresse vorenthält. Wenn über dergleichen wichtige Einrichtungen der Presse keine Mitteilungen gemacht werden, worüber denn sonst? —

— **Wenn Frauen waschen,** so werden auch die Sanftmütigsten nervös. Wie unzählige Gerichtsverhandlungen beweisen, lockert der Seifendunst die innigste Freundschaft und macht Widerwillen, der lange Zeit schlummerte, lebendig und tatkräftig. Ein Beispiel für viele: Frau S. und Frau B. wohnten in einem Hause, und die bereits etwas verblühte Frau S. fühlte sich öfters in ihren heiligsten Rechten gekränkt, wenn ihr Mann die mollige junge Frau B. allzu freundlich beim Grüßen anlächelte. Als eine Andeutung der Frau S. von der jungen Frau mit der Frage: „Sie sind wohl verrückt?" erwidert wurde, schwieg die Aeltere, wohl auch deshalb, weil sie trotz eifrigen Spionierens nichts gegen die Gehaßte entdecken konnte. So kam wieder einmal der Waschtag, und wenn das alte Wort, daß schönes Trockenwetter einen getreuen Mann bedeutet, wahr ist, so konnte Frau S. stolz auf den Ihren sein. Beglückt sah sie auf die Reihen ihrer blendend weißen Wäschestücke, als auf einmal ein Blumentopf aus einem Hoffenster herabsauste und das weißeste aller weißen Bettlaken beschmutzte. Der Schaden war zwar nicht allzu groß, aber — den Topf hatte das kleine Söhnchen der Frau B. versehentlich aus dem Fenster gestoßen. Das heischte Rache, und als Frau B. eilig auf den Hof eilte, um nach Kräften den Schaden zu beseitigen, stürzte die vom Seifendampf ganz berauschte Frau S. aus dem Waschhaus und schlug die Gehaßte mit einem Emailleeimer auf den Kopf. Blutend brach die junge Frau zusammen, während Frau S., plötzlich ernüchtert, nicht anders dachte, als sie habe die andre totgeschlagen. Sie lief fort, nahm einen Strick und hätte sich wahrhaftig aufgehängt, wenn die herzugeeilten Nachbarinnen sie nicht gehindert hätten. Zum Glück zeigte sich hinterher, daß kein Grund zum Aufhängen da war, denn Frau B. hatte außer einer geschwollenen Nase keinen Schaden davongetragen. Als die Polizei erschien, zeigte es sich, daß der dicke Haarknoten der jungen Frau den Schlag abgehalten hatte und sie wohl meist vor Schreck umgefallen war, dabei hatte sie sich ein Nasenbluten zugezogen. Hinterher hatte sich die Frau S. nach Kräften bemüht, der Geschlagenen alles mögliche zuliebe zu tun. Dies berücksichtigte das Gericht und ahndete die gefährliche Körperverletzung nur mit 10 Mark Geldstrafe. —

— **Wichtig für Radfahrer.** In der letzten Zeit wurden Nachrichten verbreitet über eine von der Reichsregierung geplante Reichsradfahrordnung. Nach Mitteilungen aus dem Reichsamt des Innern treffen diese Nachrichten insofern zu, als der Radfahrverkehr vom 1. August d. J. ab für sämtliche Bundesstaaten des Deutschen Reiches durch völlig gleichlautende Bestimmungen geregelt sein wird, ein Fortschritt, der im Hinblick auf die früheren Zustände zweifellos zu begrüßen ist. Die gemeinschaftliche Reglung ist jedoch nicht im Wege einer „Reichsradfahrordnung" herbeigeführt worden. Es wurde vielmehr schon im vorigen Frühjahr im Reichsamt des Innern auf Grund der neusten Erfahrungen und unter Berücksichtigung der schriftlich eingelaufenen Wünsche der bedeutendsten Radfahrvereine und Interessenten eine neue „Musterpolizeiverordnung" ausgearbeitet und durch Bundesratsbeschluß vom 8. April 1907, mitgeteilt im „R.-G.-Bl." Nr. 85 vom 8. April 1907, den Bundesregierungen zur Annahme empfohlen. Diese erfolgte allseitig, und so trat die Polizeiverordnung dann für sämtliche Bundesstaaten außer Preußen bereits am 1. Januar 1908 in Kraft. Am 1. August d. J. geschieht das nun auch für Preußen. Die bis dahin ausgestellten Radfahrkarten bleiben bis 1. Januar 1910 in Kraft. —

— **Folgende Berichtigung** geht uns zu: „In der Nr. 144 Ihres Blattes brachten Sie eine Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten zu Hannover über „Haemacolade". Dieselbe entspricht nicht den Tatsachen. Es ist unwahr, daß Haemacolade besteht aus: 2 Prozent Haemoglobin, 25—30 Prozent Kakao usw., sondern Haemacolade enthält im Pfund 20 Gramm chemisch reines Haemoglobin, gleich 4 Prozent. Diese 20 Gramm Haemoglobin würden in jeder Apotheke 75 Pf., ja sogar nach Rezepturtaxe 1,20 Mark kosten. Mehr als 20 Gramm enthalten auch nicht die bekannten Haemoglobinpräparate des Handels, die mit 2 Mark, 2,50 und 3 Mark verkauft werden. Haemacolade enthält außerdem noch 30 Prozent Kakao, 8 Prozent Stärkemehl, 1,5 Chlornatrium und 56,5 Zucker. Diese Zusammensetzung ist in Tausenden von Fällen erprobt und wird nicht nur von dem Laienpublikum, sondern auch von Aerzten bezeichnet als „äußerst glückliche Mischung", als „wahrhaft blutbildend", als „eins der vorzüglichsten und preiswertesten Nährmittel", als „ein Kräftespender" usw. usw. Aerzte haben darüber berichtet, daß Gewichtszunahmen von 3, 6, 7, 13, ja bis zu 30 Pfund nicht selten sind. Nach diesen Erfahrungen bin ich voll und ganz berechtigt, Haemacolade als das, was sie ist, eine blutbildende Nahrung, zu bezeichnen. Daß der Preis der Haemocolade mit 2 Mark im Detail durchaus nicht zu hoch ist, dafür spricht der Umstand, daß, falls sich jemand Haemacolade im Haushalt selbst mischen wollte, das Pfund auf 2,75 Mark zu stehen kommen würde. Wollte man sich aber die Haemacolade mischen lassen und dieselbe nach der Rezepturtaxe berechnet werden, würde sie sich alsdann auf 5 Mark und mehr stellen. Wegen der ungerechtfertigten Veröffentlichung des Herrn Polizeipräsidenten zu Hannover sind bereits die entsprechenden Schritte eingeleitet worden. Fritz Sauer, Berlin W 30. —

— **Ein Opfer der Strafe.** Frida S., wegen Sittenpolizeiübertretung, so lautete die Anklage. Auf die Anklagebank wird ein blasses, hageres, noch junges Weib geführt, auf deren eingefallenen Wangen die sogenannten „Totenrosen" blühen. Der Richter verliest eine schier endlose Reihe von Vorstrafen, alles Sittenpolizeiübertretungen. Vor etwa 6 Jahren stand sie zum erstenmal dort, ein liebliches Mädchen, fast vergehend vor Scham, daß vor fremden Augen und Ohren ihre geheimen Verfehlungen rücksichtslos aufgedeckt wurden. Es war die alte Geschichte: eine Verkäuferin mit kargem Gehalt läßt sich durch andre Mädchen verführen, sich in gleicher Weise wie sie das nötige Geld zu verdienen. Sie fiel aber fast sofort einem jener Elenden in die Hände, die der Polizei auf diesem Gebiete Spitzeldienste leisten. Sie lernte auch nicht, sich den beschränkenden Vorschriften fügen, und so sank sie denn, da ihr niemand die rettenden Hände reichte, von Stufe zu Stufe, bis der schreckliche Kreislauf Straße, Gefängnis, Krankenhaus ein Ende im Armengrabe findet. Wer die Augen in Gerichtsverhandlungen aufzumachen weiß, sieht bald ein, daß solch oder ein ähnliches Ende der Mädchen das gewöhnliche ist und daß die zu den Ausnahmen gehören, die es verstehen, sich schließlich noch ein andres, besseres Leben zu schaffen. Ihr laßt die Armen schuldig werden, dann übergebt ihr sie der Pein. —

Viele

Tausende von Arbeitergroschen

fließen jährlich noch der bürgerlichen Presse für Abonnements zu, und für dieses Geld müssen sich die Arbeiter noch beschimpfen lassen. Wer es mit seinen Pflichten als Arbeiter ernst nimmt, werfe unverzüglich die bürgerliche Presse aus seiner Wohnung und abonniere die

Volksstimme

die stets für die Interessen der Arbeiterschaft eintritt!

— **Schlechte Münzen.** Da die Zahl der im Verkehr befindlichen stark abgenutzten Reichs-Nickel- und Kupfermünzen beträchtlich zugenommen hat, wird in einem Runderlaß des Finanzministers darauf hingewiesen, daß Reichs-Nickel- und Kupfermünzen, die infolge längerer Zirkulation und Abnutzung an Gewicht und Erkennbarkeit erheblich eingebüßt haben, bei den Kassen zwar anzunehmen, aber auf Rechnung des Reichs einzuziehen sind. —

— **Viktoria-Theater.** Nochmals sei auf das einmalige Gastspiel des Künstlers Herrn Karl Zickner am Freitag den 26. Juni aufmerksam gemacht. Am Sonnabend den 27. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet das erste große Kindergartenfest, verbunden mit Theatervorstellung „Der kleine Lord" statt. Vor, während und nach der Vorstellung werden die beliebtesten Kindergesellschaftsspiele, wie Topfschlagen, Sackhüpfen usw. unter Leitung der Kindergärtnerin Fräulein Löwe vor sich gehen. Die Preise der Plätze für die Theatervorstellung sind wie folgt festgesetzt: Orchesterloge, Proszs.-Loge, Sperrsitz 40 Pfg., alle übrigen Plätze 30 Pfg., Garten-Entree 20 Pfg. Um den Besuchern des Gartens in jeder Weise entgegenzukommen, ist für dieselben der Besuch des Theaters auf Mittelloge und Parterre gleichzeitig mit dem Garten-Entree verbunden. —

— **Im Tonbild-Theater,** Breiter Weg 23, ist wieder Gelegenheit gegeben, ein ansprechendes, unterhaltendes und belehrendes Programm zu genießen. Neben den gern gesehenen und in bester Weise zu Gehör gebrachten Tonbildern sind es die in vorzüglicher Schärfe vorgeführten heiteren und ernsten kinematographischen Darbietungen, die das Auge des Beschauers fesseln. Der Aufenthalt im Theater ist wegen der darin herrschenden Kühle ein durchaus angenehmer und der Besuch zu empfehlen. —

— **Richtigstellung.** Der Fleischer Karl Dittmann in Barleben ersucht uns mitzuteilen, daß er mit dem wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel- und Fleischbeschaugesetz verurteilten Fleischermeister Gustav Dittmann, über dessen Verhandlung vor dem Reichsgericht wir in der Nummer 144 der „Volksstimme" vom 23. Juni d. J. berichteten, nicht identisch ist. —

Letzte Nachrichten.

Revolution in Persien.

* Teheran, 24. Juni. In einer Sondersitzung des Parlaments wurden am Montag heftige Reden gegen den Schah gehalten. Man beschloß, ein Ultimatum an ihn zu richten und eine Antwort binnen 24 Stunden auf das ihm am 16. d. M. überreichte Memorandum zu verlangen. Die Beziehungen zwischen dem Schah und dem Parlament gelten als abgebrochen, und die Lage ist ernst. Das Silanka-Regiment, welches aus zuverlässigen Royalisten besteht, beging am Montag Plünderungen. Das Volk befindet sich im Verteidigungszustand. —

*** Teheran, 24. Juni. Gestern früh wurden das Parlamentsgebäude und die daran stoßende Moschee von Kosaken umstellt und das Parlament aufgefordert, dem Wunsche des Schahs gemäß einige Personen auszuliefern. Das Parlament weigerte sich, diese Forderung zu erfüllen. Aus dem Lager des Schahs trafen um 9 Uhr Verstärkungen mit Artillerie in der Stadt ein, die bis nach 10 Uhr ununterbrochen feuerten. —**

*** Teheran, 24. Juni. Das Parlament wird bombardiert, seit 8 Uhr heftiges Gewehrfeuer, kurz darauf Geschützdonner. Alle Truppen rücken mit Geschützen vom Bagschahgarten in die Stadt. Maschinengewehre halten das Stadttor und die Anmarschstraße besetzt. Das Parlament ist erobert. Gegenwärtig findet die Beschießung des Palais Zell des Sultans statt, da die Endschumans (die Führer der Parteien) nach dort geflüchtet sind. Das Parlamentsgebäude wurde geplündert. Viele Tote und Verwundete, die gefangenen Führer werden zum Schah gebracht. Der Platz vor dem Parlament ist mit Toten und Pferdekadavern bedeckt. Die Geschütze rücken weiter vor. —**

*** Teheran, 24. Juni. Gegen 2 Uhr wurde das Bombardement eingestellt. Die Artillerie rückte teilweise ab. Das Parlamentsgebäude ist vollständig leer. Die Plünderung dauert fort, jedoch nur im Parlamentsviertel. Das Palais Zelles weist arge Zerstörungen auf; es ist vollständig ausgeraubt. Noch sind nicht alle Toten fortgeschafft. Der Parlamentsplatz bietet einen traurigen Anblick. Die Kosakenbrigade hat viele Tote und Verwundete. Die Kanonen feuerten aus nächster Nähe. Die Soldaten des Schas hatten ein heftiges Gewehrfeuer der Parlamentspartei auszuhalten. Die Endschumans flüchteten in die umliegenden Häuser und schossen von den Dächern auf die Soldaten. Die Moschee bei dem Parlament ist geräumt und von den Kosaken besetzt. Die Zahl der Verwundeten und Toten wird auf über hundert geschätzt. Vorläufig haben die Kosaken zu Ehren des absolutistischen Schahs gesiegt. Wenigstens in Teherans Straßen. Das Land besteht jedoch nicht bloß aus der Hauptstadt. —**

Wb. Borsigwerk (Schlesien), 24. Juni. (Eig. Drahtb.) Im Schüttelwerk des Borsigwerks explodierte heute früh ein Dampfkessel. Durch die zahlreich umherfliegenden Splitter wurden ein Obermeister und zwei Arbeiter getötet und mehrere andre Personen verletzt. In der Umgegend wurden viele Dächer und Fensterscheiben beschädigt. —

Wb. Petersburg, 24. Juni. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) Eine Entscheidung des Senats verbietet sämtlichen Staats- und Kommunalbeamten die Zugehörigkeit zur Kadettenpartei und andern staatsfeindlichen Verbindungen. —

Hd. Mailand, 24. Juni. In Parma herrscht Ruhe. In der Redaktion des Blattes „Internationale" sind Schriftstücke beschlagnahmt worden. Die Angestellten der Straßenbahn haben sich den Ausständigen angeschlossen. Ueber 10 000 Soldaten sind in Parma zusammengezogen. Die Mitglieder des Stadtrats haben eine Petition eingereicht, um gegen die Haltung der Behörden zu protestieren. In Spezia sind gestern die Zeitungen nicht erschienen. In der Provinz Penza in Calabrien sind schwere Unruhen ausgebrochen. Die Bevölkerung hat verschiedene Gebäude angegriffen und zerstört. —

Vereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt am Sonnabend den 27. Juni, abends 8 Uhr: Bezirk Lemsdorf im „Deutschen Kaiser"; Bezirk Olvenstedt bei Herrn Frohme. — Die Branchenversammlung der Goldarbeiter und Graveure fällt an diesem Tage aus.

Mit Gruß **Die Verwaltung.**

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter Hamburg (E. H. 29), Filiale Magdeburg. Am Sonnabend den 27. Juni d. J., abends 9 Uhr, Versammlung im „Bürgerhaus", Stephansbrücke 38. 407

Cracau-Prester. Sozialdemokratischer Verein. Sonntag den 28. Juni, vorm. 11 Uhr, Versammlung bei Schwenke, Wilhelmstr. 10.

Diesdorf. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonnabend den 27. Juni, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Hildebrandt. 409

Groß-Ottersleben und Benneckenbeck. Arbeiter-Radfahrerverein. Donnerstag den 25. Juni, abends 9 Uhr, Generalversammlung sämtlicher Abteilungen bei Marschall. 401

Salbke. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend den 27. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bartels. 402

Schönebeck. Kartellsitzung Donnerstag den 25. Juni, abends 8½ Uhr, im „Bürgerhaus" (Haack). 408

Burg. Radfahrerverein Falke. Donnerstag abend 8 Uhr bei Schumann antreten zur Abendtour. 406

Briefkasten.

Quittung. Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben. Folgende Beiträge gingen zum Landtagswahlfonds ein: Auf Liste Nr. 82 durch Wilhelm Höding, Olvenstedt, 0,80; Nr. 36 vom Bezirk Ammendorf 7,45; von Althaldensleben, Steingutfabrik Schmelzer u. Gericke, Nr. 85 5,30; Nr. 45 6,00; Nr. 44 6,55; Nr. 42 6,70; Nr. 43 Althaldensleben, Fabrik Gebr. Hubbe, 10,00; Althaldensleben, Fabrik von Kröning, 3,95; vom Bezirk Wolmirstedt Nr. 8 2,20; Nr. 9 2,75; Nr. 10 2,95; Nr. 11 2,00; Nr. 12 7,50; von einem lustigen Beisammensein bei Kunze in Elbeu 1,70. Bitte die Bezirkskassierer um schnelle Einsendung der Sammellisten. Stephan Dürre.

Wettervorhersage.

Donnerstag den 25. Juni: Ostwind, heiter, sehr warm, Gewitter nicht ausgeschlossen. —

Aus dem Geschäftsverkehr.

Unter dieser Rubrik kostet die Zeile 50 Pfg.

Rennbericht. Der Große Preis der Stadt Dresden, welcher als 100-Kilometer-Rennen zum Austrag gelangte, sah den Berliner Bruno Demke als Sieger auf Brennabor vor Günther, Rosenlöcher und Ingold. —

Achtung!

Beachten Sie mein Inserat in der Freitag-Ausgabe

Konfektionshaus Ehrenfried Finke

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Großes Spezial-Angebot

Lublin

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Großes Spezial-Angebot

Erstklassige Fabrikate!

Vorzügliche Konfektion!

ECHTE Gesundheits Normalunterzeuge

FABRIK-MARKE

Sommer- Trikotagen!

Herren-Hemden

Ca. 500 Stück Herren-Hemden
gelb Trikot, Vorder- und Schulterschluß

klein	mittel	groß
1.10	1.20	1.30

Ca. 900 Stück Herren-Hemden
gelb Trikot, starkfädig, Vorder- u. Schulterschluß

klein	mittel	groß
1.40	1.55	1.65

Ca. 1000 Stück Herren-Hemden
gelb Trikot, mit. Macco, Vorder- u. Schulterschluß

klein	mittel	groß	extra groß
1.80	1.95	2.10	2.25

Ca. 1200 Stück Herren-Hemden
gelb Trikot, schw. Qual., Vorder- und Schulterschluß

klein	mittel	groß	extra groß
2.25	2.40	2.55	2.70

Ca. 1000 Stück Herren-Hemden
echt ägypt. Macco, Vorder- und Schulterschluß

klein	mittel	groß	extra groß
2.50	2.65	2.80	2.95

Ca. 1500 Stück Herren-Hemden
echt ägypt. Macco, f. Qual., Vord.- u. Schulterschluß

klein	mittel	groß	extra groß
2.75	3.00	3.25	3.50

Ca. 300 Stück Herren-Hemden
gelb, porös, nur m. Vorderschl., angenehm im Tragen

klein	mittel	groß
1.55	1.65	1.75

Ca. 500 Stück Herren-Hemden
gelb, porös, Köpergew., nur m. Vorderschl., sehr solid

klein	mittel	groß	extra groß
2.25	2.40	2.55	2.70

Ein Posten einzelne Sommer-**Unterzeuge** extra billig!

Praktisch! Grösste Neuheit! Bequem!

Trikot-Oberhemden

ersetzt Ober- und Unterhemd, aus glatten und porösen Trikotstoffen, mit elegant gestreiften farbigen Einsätzen

Trikot-Oberhemd
aus glattem, weißem Trikotstoff, mit gestreiften Perkaleinsätzen, 3 Größen
2.40 2.20
2.00

Trikot-Oberhemd
aus glattem, prima Trikotstoff, mit eleganten Einsätzen, 4 Größen
3.25 3.00 2.75
2.50

Trikot-Oberhemd
aus porösem, weißem Trikotstoff, mit gestreiften, französischen Einsätzen, 4 Größen
4.25 4.00 3.75
3.50

Touristen-Hemden

mit Klappkragen und Kordel, große Auswahl

Touristenhemd
aus gelbem Trikotstoff, mit Besatz auf Kragen und Oberfalte
1.80 1.70
1.60

Touristenhemd
aus bunt gestreiftem Trikotstoff, mit Besatz hübsch verziert
2.15 2.00
1.85

Touristenhemd
aus porösem Trikotstoff, mit eleganter Zierstichverzierung
2.75 2.50
2.25

Touristen-Hemden für Knaben, in geringelten und glatten Stoffen von **1.00** an

Herren- und Damen-Jacken

Jacken
gelb Trikot, leichte Sommer-Qualität
1.15 1.05
95 Pf.

Jacken
gelb Trikot, starkfädige solide Ware
1.60 1.50
1.40

Jacken
gelb Macco, feine elegante Qualität
2.15 2.00
1.85

Filet-Jacken für Herren, Damen und Kinder von **25** Pf. an

In der Spezial-Abteilung für „Sport“ in großer Auswahl

- Tennishemden
- Sporthemden
- Schwimmtrikots
- Turner-Trikots
- Fußball-Bekleidung

Herren-Hosen

Ca. 400 Stück Herren-Hosen
gelb Trikot, in allen Größen

klein	mittel	groß
90	1.00	1.10

Ca. 500 Stück Herren-Hosen
gelb Trikot, starkfädig, in allen Größen

klein	mittel	groß
1.10	1.20	1.30

Ca. 750 Stück Herren-Hosen
gelb Trikot, schwere Qualität

klein	mittel	groß	extra groß
1.30	1.45	1.60	1.75

Ca. 900 Stück Herren-Hosen
echt ägyptisch Matko, gelb, vorzügliche Qualität

klein	mittel	groß	extra groß
1.85	2.00	2.15	2.30

Ca. 1000 Stück Herren-Hosen
prima ägyptisch Macco, feinste Qualität

klein	mittel	groß	extra groß
2.30	2.50	2.70	2.90

Ca. 500 Stück Herren-Hosen
feinfädige Maccowaare, mit Seidenglanz

klein	mittel	groß	extra groß
2.50	2.75	3.00	3.25

Ca. 300 Stück Herren-Hosen
gelb porös, Köpergewebe, sehr angenehmes Tragen

klein	mittel	groß	extra groß
2.00	2.15	2.30	2.45

Ca. 200 Stück Herren-Hosen
Filetgewebe, sehr porös und angenehm

klein	mittel	groß	extra groß
2.20	2.40	2.60	2.80

Ein Posten einzelne Sommer-**Unterzeuge** extra billig!